

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. F. Altkirch & Co.
Poststraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in Lese bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Danne & Co.,
Haaften & Nagler,
Rudolph Hesse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
heim „Invalidentank“.

Nr. 754.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 27. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat November und Dezember werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mk. 64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mark entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Falscher und wahrer Konservatismus.

Das berühmte Diktum des weiland preuß. Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel: „alle Parteien sind berechtigt, nur nicht die Doktrinaire,“ hat zu keiner Zeit unsern ungetheilten Beifall gefunden, da wir stets der Ansicht waren, der wahrhafte Realpolitiker müsse sich die Wahrheit in jeder Form zugänglich sein lassen; im Parteigetriebe des heutigen Tages vermischen wir aber leider nur allzu sehr jenen gefunden Doktrinarismus, der sich bemüht, die Erscheinungen des wirklichen Lebens theoretisch und prinzipiell zu erfassen, um von einem dadurch gewonnenen höheren Standpunkte aus zunächst Kritik und dann Reform an dieselben heranzutreten zu lassen, wenn nicht in der Kritik die Reform selbst schon geboten werden kann. Von diesem Standpunkte aus haben wir den liberalen Parteien schon oft an dieser Stelle ihr Spiegelbild gezeigt, versuchen wir es auch einmal mit dem Konservatismus, wenn auch nur um deswillen, weil er zur Stunde weit ab von dem der 50er Jahre zu liegen scheint.

Theoretisch läßt sich der Unterschied zwischen wahrem und falschem Konservatismus leicht dahin umschreiben, daß jener staats-erhaltend und somit wohlbegründet und berechtigt erscheint, während dieser mehr oder minder reaktionär vorschreitet und stets das Gegenteil von dem erreicht, was er in seiner Beschränktheit für sich zum Ziele, für die Gegner aber zu deren Unter-ange eronnen. Der wahrhafte Konservative ist kein Gegner des Fortschritts, er weiß, daß, wie die Bildung nicht nur in die Tiefe steigen, sondern auch in der Breite sich entfalten muß, so auch die Freiheit der Bewegung immer weitere Kreise erfassen und die Gleichberechtigung auf allen Gebieten des modernen Staates zur Erscheinung kommen wird: er weiß aber auch, daß mit diesen natürlichen Evolutionen mannigfache Gefahren für die bestehenden Zustände und die erworbenen Rechte verbunden sind, und hält deshalb dafür, die Zielpunkte der Entwicklung theoretisch zu studieren und mit möglichster Schonung berechtigter Interessen, mit allmählicher Ausgleichung der offen vorliegenden Gegensätze und jedenfalls mit gleichzeitiger Aufrechterhaltung und Fortführung des Staats- und Privatrechtes das erste Ende der neuen Geschichtsphase herbeizuführen, um dann in eine zweite und weiter dann abermals in eine dritte einzutreten. Mit einem Worte: der wahre Konservative verwirft nicht den Fortschritt, sondern erkennt ihn ausdrücklich unter dem Vorbehalte der Rechtskontinuität an. Anders sein Gegenheil. Der will nur das erhalten, was ihm und seinen Genossen überliefert worden, sei es auch mit Unrecht empfangen und erhalten worden, und trete es auch mit den Forderungen der Gegenwart in den schneidendsten Widerspruch, ja noch mehr, er erkennt den Fortschritt im Wissen und in der Bildung, wie im Rechte und in der Sitte, nur sich und seiner Partei und in der Weise zu, daß er allen übrigen menschlichen Wesen müsse verschlossen werden.

Wenn es eine Pressfreiheit gäbe, die nur für Ultramontane und Junker statuiert würde, mit Freuden würde sie angenommen werden. Wenn die Grundsteuer nur den Bauern und Städtern aufgeladen werden könnte, sie wäre in der That höchst willkommen. „Das Gesetz ist nicht für den Baron“, sagte eine alte ablige Dame, deren Sohn wegen Wechselfälschung zum Zuchthaus verurteilt worden, und hat es auch nicht glauben wollen, daß man ihn einsperren würde, selbst als er schon hinter Schloß und Riegel saß. Das sind nun freilich Scherzen, die weiter keine Bedeutung haben, als daß sie sich lächerlich machen, gleich jenem Konservativen in der Landrathskammer, der als Städte-verwässer auftrat, weil seiner Meinung nach die Städte die Pestbeulen des Landes seien, nicht aber zu bedenken im Stande war, daß wohl Stettin ohne einen pommerischen Landbedelmann, dieser aber nicht ohne Stettin existieren kann; bedeutungslose Scherzen, aber nicht ohne Stettin existieren kann; bedeutungslose Scherzen, sind es, aber groß ist die Zahl derer, die sie gedankenlos nachbeten und die die neuere notwendig gewordene Gesetzgebung mit Stumpf und Stil ausrotten möchten, weil die Furcht, eine kümmerliche Existenz zu verlieren, sie unfähig macht, an die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen energisch heranzutreten.

Denn der falsche Konservatismus ist weder weise noch nobel. Er lebt von der Hand in den Mund, steht allein auf

die Erscheinungen und will nicht wissen, wie sie entstanden und woher sie gekommen. So schaut er weder um sich, noch in sich hinein, ergreift mit leidenschaftlicher Hast marktschreierische Mittel, bringt dem Gegner statt ehrlichen Kampf und Streit, Haß und Verfolgung entgegen, baut wohl schützende Dämme dem tosenden Strome entlang und thürmt sie höher und höher, aber das Ausbaggern, die Vertiefung der Wasserrinne, das letzte und allein helfende Schutzmittel, das erkennt er nicht eher, als bis er in den wogenden Fluthen verschwindet. Wie oft soll man es denn sagen, daß der moderne Staat nicht revolutionären Grillen oder gelehrten Spitzfindigkeiten eines aller und jeder Autorität spottenden Liberalismus entsprungen ist? Wie oft soll man dem schwachmüthigen Diktum, die Sozialdemokratie sei die Konsequenz des Fortschritts, entgegen, daß die Sozialdemokratie dem Fortschritt nicht folgt, wie der Schatten dem Manne, der in der Sonne wandelt, sondern daß die Sozialdemokratie nur darum existiert geworden ist, weil das Licht des Fortschritts nicht die Nacht der Stände-Macht zu durchbrechen vermochte?

Noblesse oblige — Abel verpflichtet. Heute ist es nicht mehr erlaubt, die Lasten des Staatshaushaltes ungleich zu vertheilen. Heute darf man nicht mehr das indirekte Steuersystem allein kultivieren, heute muß die sichtbare Rechnung jedes Tages jeden Abend abgeschlossen werden, wenn man überhaupt vorwärts kommen will. Aber nein, wir täuschen uns! „Es ist keine Ungerechtigkeit, ein Steuersystem einseitig auszubilden, denn wenn auch mit einer solchen Ausbildung die große Masse der Bevölkerung allein die Kosten der Zivil- und Militär-Verwaltung in Staat und in Gemeinden zu decken haben wird, so werden sich doch alle übrigen Lebensbedingungen nach diesem eingetretenen Verhältnisse zu richten haben, und wie das Bedürfnis der Arbeiter ein offen zu Tage liegendes ist, so wird auch der Arbeitslohn diejenige Höhe erreichen, die dem Bedürfnisse entspricht.“ Wir wollen einmal die frohe Botschaft als wahr annehmen, dann aber dürfen wir den allezeit bereiten Verteidigern der Maßnahmen, welche heute in Aussicht gestellt werden, die Forderung unterbreiten, sie mögen einmal nicht jeden Tag nur eine Linie, sondern an einem Tage ihr Ganzes zum Besten geben, damit wir ihre Studien und Vorschläge einer würdigen Kritik unterwerfen können und nicht in der unglücklichen Lage verharren müssen, statt an tiefdurchdachte Pläne und Rathschläge nur an blasse Kopien eines längst vergessenen Merkantilismus gewiesen zu werden. Wo heraus mit dem neuen Systeme! Es ist ja möglich, daß es auf wahrer und echter Theorie beruht, und daß somit auch die praktische Politik sich mit ihm zurecht finden wird — aber ohne dieses System müssen wir Zweifler sein und bleiben und der bisherigen volkswirtschaftlichen Entwicklung auf den Smith'schen Grundlagen mehr Glauben beimessen, als der rückwärtsgekehrten und wesentlich auf Staatsregelung angewiesenen neuen.

Zum Schlusse aber möchten wir unserm Vorschlage zur Güte noch einen zweiten Vorschlag anreihen. Daß Abel verpflichtet, soll sich auch auf die Methode beziehen. Wir wünschen, daß in den Erörterungen der Allzu nach hervortretende Egoismus zurück- weiche, daß auch ganze Männer in die Kampfreihe hereintreten und nicht solche, von denen Fürst Bismarck mehr als einmal behauptete, sie hätten ihren Beruf verfehlt, weil, wie wir hinzu- zusetzen uns erlauben, sie für Jeden zu haben sein dürften, der gut bezahlt. Und der Zufall darf uns im Angelegen an eine Versammlung von Großindustriellen, in welcher den Dienstleistungen der Agitationspresse der Abschied gegeben wurde, nicht übel geendet werden.

[Die zahlreichen Eisenbahnunfälle der neueren Zeit] haben die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Die großen Unglücksfälle, welche in der letzten Zeit sich häuften, haben sich auf Staatsbahnen zugetragen, und man fragt sich, wie dieser Umstand zu erklären. Bereits haben wir mitgetheilt, was hierüber die „Magd. Ztg.“ äußert. Weit stärker spricht sich die „Frankf. Ztg.“ aus. Sie führt zunächst Beschwerde darüber, daß bei derartigen Unglücksfällen nicht sofort ein ausführlicher amtlicher Bericht mit Anführung der Namen der Verunglückten veröffentlicht wird, und fährt fort:

Wir müssen zu unserem Bedauern konstatieren, daß in allen Kreisen der Bevölkerung das Vertrauen auf die Staatseisenbahnverwaltung arg erschüttert ist. Von Monat zu Monat vermehrt sich die Zahl der Unglücksfälle in wahrhaft erschreckender Weise. Im Monat August allein sind auf deutschen Eisenbahnen 26 Entgleisungen, 23 Zusammenstöße und 142 sonstige Unfälle vorgekommen. Bei diesen Unfällen sind im Ganzen 148 Personen verunglückt, sowie 19 Eisenbahnfahrzeuge erheblich und 88 un erheblich beschädigt. Es wurden zwar von den 18,257,695 überhaupt beförderten Reisenden nur 6 verletzt; aber von Bahnbeamten und Arbeitern im Dienst bei eigentlichem Eisenbahnbetriebe wurden 14 getödtet und 58 verletzt und bei Nebenbeschäftigungen 2 getödtet, 30 verletzt; von fremden Personen (einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Bahnbeamten und Arbeiter) 13 getödtet und 12 verletzt, sowie bei Selbstmordversuchen 12 Personen getödtet und 1 verletzt. Im Ganzen sind also, abgesehen von den Selbstmordfällen, in einem Monat 29 Personen getödtet und 100 mehr oder minder beschädigt worden! Es ist dabei ein sehr schlechter Trost, daß vorwiegend Bahnbeamte und Arbeiter,

nicht Reisende, von diesen Unfällen betroffen worden sind, und noch viel weniger beruhigend ist der stereotype Zusatz, den der „Reichs-Anzeiger“ diesen monatlichen Unglücksberichten beifügt: „größtentheils durch eigenes Verschulden“. Man kann denn doch unmöglich annehmen, daß den Eisenbahnbediensteten ihr Leben so wenig theuer, die Gefährlichkeit ihrer Sanstrung so unbekannt sei, daß sie völlig koplos in ihr Verderben rennen. Und wenn eine Unvorsichtigkeit vorliegt, treffen dann die Folgen derselben immer den Schuldigen? Das Unglück bei Courl soll an einer Stelle geschehen sein, wo kurz vorher Geleiserneuerungsarbeiten vorgenommen worden sind. Wer ist nun hier der Schuldige, der Aufseher, der Streckenarbeiter oder der Führer des Zuges, oder diejenigen, welche ihn zu benachrichtigen versäumt haben? Jedenfalls werden wir ja in den nächsten Tagen einen offiziellen Bericht über den Thatbestand erhalten; es wird eine amtliche Untersuchung geführt werden; man wird uns von den Ergebnissen derselben so viel wissen lassen, als man für gut befindet, und die Unglücke werden fortfahren, sich zu häufen. Denn daß die Zunahme derselben einen Anlaß bieten werde zu Reformen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens — das wagen wir kaum mehr zu hoffen. Gaben doch die großen Unfälle vom Anfang dieses Jahres keine andere Wirkung gehabt als zwei umfangreiche und umständliche Reglements, das eine über die Meldung und Untersuchung solcher Fälle durch Kommissarien des Ministers, das andere über die Revision der Bahn-förpser. Daß aber an diesen Stellen der Fehler nicht liegt, dürfte allein durch die fortwährenden Wiederholungen der Entgleisungen und Zusammenstöße erwiesen sein. Der Mangel scheint vielmehr an anderer Stelle, nämlich in der Organisation des Dienstes und der Qualität des Dienstpersonals seinen Grund zu haben. Was insbesondere die letztere betrifft, so ist es genugsam bekannt, daß die Eisenbahn-Verwaltung durch die Vorschriften über die Verwen-dung von Militärangeworbenen in der Auswahl ihres Personals gebunden ist. Sie erhält die meisten ihrer Bediensteten erst in einem Lebensalter, wo die Bildungsfähigkeit derselben nur noch eine beschränkte ist, während es gewiß im Interesse des so schwierigen Dienstes läge, tüchtige Beamte sich von Jugend auf und in planmäßiger Weise zu erziehen, so wie dies bei jedem anderen Gewerbe der Fall ist. Freilich würde ein in seiner Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit auf höhere Stufe gebrachtes Personal auch eine bessere Bezahlung fordern, und gerade an dieser Stelle liegt ein auffälliges Mißverhältnis vor. Gewiß kann das Publikum verlangen, daß eine Staatsanstalt, der Millionen von Menschenleben ohne weitere Garantie als diejenige, welche das Gastpflichtgesetz nach geschehenem Unglück bietet, anvertraut werden, für die Sicherheit derselben alle möglichen Vorkehrungen übernimmt, und auch dem Arbeitsminister sollte daran liegen, hier Alles zu thun, was in seinen Kräften steht. Es wäre wahrlich ein schlechter Tauch, den wir mit der Verstaatlichung gemacht hätten, wenn unter dem Streben nach Aufstellung eines günstigen Eisenbahnnetzes die Sicherheit des Betriebes leiden sollte. Die öffentliche Meinung verlangt dringend, daß Besserung geschaffen werde. Es wäre unzweifelhaft eine weit lohnendere Aufgabe und läge auch weit mehr im allgemeinen Interesse, derartige Reformen ins Leben zu rufen, als einen großen Apparat von Eisenbahnräthen zum Vortheil Weniger aufzurichten. Wir sind überzeugt, daß die Bewilligung der erforderlichen Geldmittel beim Landtage keine Schwierigkeiten finden wird, selbst wenn dadurch die Rente der Staatseisenbahnen geschmälert werden sollte.

Man kann Obigem vielleicht noch beifügen, daß der Grund des Uebels wohl auch in den oberen Instanzen zu suchen ist, in dem sogenannten und schon vielfach gerügten Assessorismus. An der Spitze des Betriebes steht kein Techniker, sondern ein Jurist, dem etliche technische Beiräthe an die Hand gegeben sind. Durch diese Einrichtung schwindet die Verantwortlichkeit der Betriebsleitung sehr zusammen. Vorkommenden Falls entschuldigt sich der Jurist damit, daß er seine betreffenden Anordnungen nach Anhörung der Techniker gefaßt, und diese wieder weisen darauf hin, daß sie nichts zu befehlen haben, vielleicht auch in ihrem Rathe auseinandergeringen. Die Einrichtung ist schon oft und von den verschiedensten Seiten als irrational bezeichnet worden.

Deutschland.

Berlin, 25. Oktober.

— Die im Reichs-Eisenbahn-Amt aufgestellte Uebersicht der Betriebs-Ergebnisse deutscher Eisenbahnen — ausschließlich Baierns — für den Monat September d. J. ergibt für die 82 Bahnen, welche auch schon im entsprechenden Monate des Vorjahres im Betriebe waren und zur Vergleichung gezogen werden konnten, nachstehende — theilweise auf provisorischen Ermittlungen beruhende — Daten: die Einnahme aus allen Verkehrsweigen war im Monat September d. J. bei 48 Bahnen = 58,54 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 34 Bahnen = 41,46 Proz. der Gesamtzahl geringer, als in demselben Monate des Vorjahres, und pro Kilometer bei 1 Bahn = 1,22 Proz. der Gesamtzahl unverändert, bei 46 Bahnen = 56,10 Proz. der Gesamtzahl höher, und bei 35 Bahnen = 42,68 Proz. der Gesamtzahl (darunter 8 Bahnen mit vermehrter Betriebslänge) geringer als in demselben Monate des Vorjahres. Die Einnahme aus allen Verkehrsweigen vom 1. Januar bis Ende September d. J. war bei 60 Bahnen = 73,17 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 22 Bahnen = 26,83 Proz. der Gesamtzahl geringer, als in demselben Zeitraum des Vorjahres, und pro Kilometer bei 51 Bahnen = 62,20 Proz. der Gesamtzahl höher und bei 31 Bahnen = 37,80 Proz. der Gesamtzahl (darunter 10 Bahnen mit vermehrter Betriebslänge) geringer, als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Bei den unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen, ausschließlich der vom Staate für eigene Rechnung verwalteten, betrug Ende September d. J. das gesammte konzeßionirte Anlagekapital 1,201,606,500 M. (409,350,900 M. Stammaktien, 45,450,000 M. Prioritäts-Stammaktien und 746,805,600 M. Prioritäts-Obligationen) und die Länge derjenigen Strecken, für welche das Kapital bestimmt ist, 4090 km, so daß auf je 1 km 293,760 M. entfallen. Bei den unter Privatverwaltung stehenden Privatbahnen betrug Ende September d. J. das gesammte konzeßionirte Anlagekapital 1,406,481,657 M. (543,584,950 M. Stamm-

aktien, 228,141,900 M. Prioritäts-Stammaktien und 634,754,807 M. Prioritäts-Obligationen) und die Länge derjenigen Strecken, für welche dieses Kapital bestimmt ist, 6944 km, so daß auf je 1 km 202,546 M. entfallen.

— Im Bundesrath herrscht der „Trib.“ zufolge augenblicklich vollständige Ruhe, es handelt sich zunächst um Abschluß noch schwebender Referate der Ausschüsse für Zölle und Steuern und für Handel und Verkehr, welche Angelegenheiten Rückstände aus der letzten Session betreffen und sich meist auf die Ausführungsbestimmungen von Zollgesetzen beziehen. Neue Vorlagen machen einstweilen den Mitgliedern noch wenig Arbeit, und besonders belangreich dürften sich die für die nächste Zeit bevorstehenden Entwürfe auch nicht gestalten. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über die Waarenstatistik sollen einer gründlichen Revision unterzogen werden. Steuerentwürfe, also Entwürfe, welche in der letzten Session unerledigt geblieben, sind augenblicklich noch Gegenstand der Bearbeitung im Reichsschatzamt. Hierzu soll, entgegen früheren Angaben, allerdings auch die Wehrsteuer gehören; wie es heißt, unter erheblichen Modifikationen der früheren Vorlage. Möglich, daß man sich überzeugt hat, im Reichstage für das Gesetz in gewissen Grenzen eine Majorität zu finden; jedenfalls hatte der Inhalt der ersten Vorlage im Reichstage mehr Beifall als bei den verbündeten Regierungen, von denen mehrere ihren Widerspruch auch jetzt noch aufrecht erhalten haben.

— [Landtagsvorlagen.] Das „B. Ztbl.“ schreibt: „Wiemohl wir noch nicht recht daran glauben, so wollen wir doch eine uns zugehende Mittheilung hier nicht unerwähnt lassen. Man meldet uns nämlich, daß wirklich in der nächsten Landtagsession der Beginn mit den vielgerühmten Steuerentlastungen gemacht werden soll. Wenn überhaupt etwas, so darf man freilich nicht allzu viel davon erwarten. Es soll auf Grund des im vorigen Jahre angenommenen Verwendungsgesetzes vorgeschlagen werden, die Ueberschüsse aus den Reichseinnahmen zur Beseitigung der untersten Klassensteuern zu verwenden; wenigstens versichert man, daß zu diesem Ende lebhaftest Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister Bitter geführt werden. Allerdings machen die im nächsten Jahre bevorstehenden Reichstagsmahlen es der Regierung wohl sehr wünschenswerth, daß mittlerweile etwas geschieht, und wäre es auch nur die allerfeinste Steuererleichterung, um den Vorwurf zu entgehen, daß von allen derartigen Versprechungen nichts erfüllt worden sei. Auf der anderen Seite wird sich's freilich fragen, wie Herr Bitter über die Sache denkt und woher er die Mittel nehmen zu können hofft, um den in Aussicht genommenen Steuerausfall zu decken. An die gleichfalls oft genug verheißene Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände ist selbstverständlich noch lange nicht zu denken, zumal schon jetzt verlautet, daß das Reich im nächsten Jahre wieder ansehnliche Mehrausgaben zu bestreiten haben werde. Am allerwenigsten aber wird die seit Jahren gestellte Forderung auf Vorlegung eines umfassenden Steuerreformplanes auf Gewährung in nächster Zeit zu rechnen haben. Ueber weitere, für den Landtag in Aussicht genommene Vorlagen erfahren wir Folgendes: Außer dem Budget für das Jahr 1881/82 wird dem Abgeordnetenhaufe sofort bei seinem Zusammentritt auch den Entwurf eines Kompetenzgesetzes für die gesammte Monarchie zugehen, dessen Feststellung im Staatsministerium bereits in der vorigen Woche erfolgt ist. Der Entwurf ist im Wesentlichen gleichen Inhalts wie der vorjährige; derselbe enthält demnach neben den Verbesserungen des Kompetenzgesetzes für die Kreisordnungsprovinzen vom Jahre 1876 die ergänzenden Neubestimmungen zu den zahlreichen Städte- und Landgemeinde-Ordnungen, welche zur Zeit in Kraft sind. — Die Vorarbeiten für die Kreisordnungen in den Provinzen Posen, Hannover und Schleswig-Vollstein sind nahezu abgeschlossen, so daß die Entwürfe demnächst der Beratung im Staatsministerium unterliegen werden. Wegen der Einführung der Selbstverwaltungsgesetze in den westlichen Provinzen dürfte übrigens eine Interpellation bevorstehen, die, wie man wissen will, dahin beantwortet werden würde, daß, falls die obengenannten Kreisordnungsentwürfe in dieser Session zur Erledigung erlangen, in der nächsten auch das Bedürfnis der westlichen Provinzen befriedigt werden solle. — Auch die Wiedervorlegung der Jagdpolizeiordnung ist beschlossene Sache. Dieselbe wird auch dieses Mal zuerst dem Herrenhaufe unterbreitet werden.“

— Die Annahme der „Liberalen Korrespondenz“, daß die sozialpolitischen Reformprojekte wesentlich zu

einer Verwerthung für die nächsten Reichstagswahlen bestimmt seien, gewinnt eine indirekte Bestätigung in der Erscheinung, daß das Tempo des Vorgehens plötzlich langsamer geworden ist. Man geht mit einem Male häuslicher zu Werke. Die unter Vorsitz des Herrn Baare morgen in Bochum abzuhaltende Sachverständigen-Konferenz ist, wie aus rheinischen Blättern zu entnehmen ist, vertagt worden. Ebenso sind die Aufklärungen über die sozialpolitischen Projekte des Reichskanzlers verschoben worden, wie die berliner Innungs-vorstände erfahren mußten, denen für die vorige Woche genaue Mittheilungen über alle die Gewerbegesetzgebung betreffenden Projekte zugesagt worden waren. Gutem Vernehmen nach ist diese Verheißung nicht erfüllt worden. Ein drittes Moment endlich, welches auf einen vorläufigen Rückzug hinweist, ist die schon verzeichnete offiziöse Meldung, daß der Landtag von sozialpolitischen Maßnahmen nichts zu hören bekommen wird.

— Es bestätigt sich, daß die Reichsregierung neue Mittel zur Erweiterung des Telegraphennetzes bei dem nächsten Reichstage beantragen will. Es wird sich dabei namentlich um Vermehrung der unterirdischen Leitungen handeln, die sich in zunehmendem Maße vortrefflich bewährt haben.

— Die bremische Zollanschlußfrage scheint an maßgebender Stelle für weitaus nicht so drängend gehalten zu werden, wie die Zollfragen an der Unterelbe. In den Verhandlungen des bremischen Gewerbe- und Industrievereins, der sich schon seit einiger Zeit fortgesetzt mit der Propaganda für den Zollanschluß beschäftigt, glaubte der bekannte Abgeordnete, Konsul G. H. Meyer auf Grund einer Unterredung mit dem Fürsten Bismarck konstatiren zu können, daß von dieser Seite her eine Pression nicht zu befürchten sei. Herr Meyer gab die Auslassungen, welche der Reichskanzler ihm gegenüber gethan, folgendermaßen wieder: „Ich habe eingesehen, es ist ein Fehler gewesen, daß ich den Eintritt (in den Zollverein) von dem Willen der Hansestädte habe abhängen lassen; ich habe geglaubt, sie würden nach einigen Jahren von selbst kommen.“ Weiter bemerkte dazu der Herr Abgeordnete Meyer, daß er aus der ganzen Art und Weise, wie Fürst Bismarck sich aussprach, den Eindruck gewonnen habe, daß der Reichskanzler nicht gesonnen sei, das, was er als ein Recht der Hansestädte gelten lassen müsse, denselben zu entreißen. Thatsache ist, daß in Bezug auf Bremen allerdings bisher der Reichskanzler eine abwartende Haltung eingenommen hat und die Art, wie er sich einem bremischen Gegner des Zollanschlusses gegenüber ausgelassen hat, scheint den Schluß zuzulassen, daß an dieser abwartenden Haltung vorläufig nichts geändert werden soll. Dies wird aber freilich nicht hindern, daß, wenn erst die hamburgische Frage etwas weiter gediehen ist, die bremische auch ihrerseits an die Reihe kommen wird. In Hamburg handelt es sich eigentlich wesentlich nur noch um die Kostenfrage für die allerdings Millionen verschlingende Errichtung von Freihafen-Entrepots.

— Die Ueberhandnahme der Bettelerei und des Vagabondenthums hat die Aufmerksamkeit der Regierung in der letzten Zeit in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Man hat Erhebungen veranlaßt, die Resultate gegenseitig mitgetheilt und die Gründe der Erscheinungen feststellen lassen. Man ist dabei, wie nahe liegt, auch zu Feststellungen über die Verbreitung der Trunksucht und die Wirksamkeit der dagegen vorhandenen gesetzlichen Mittel geschritten. Nach sicheren Anzeichen haben alle diese Anordnungen den Zweck, die Unterlage für eine anderweite legislatorische Regelung der hier in Betracht kommenden Fragen zu dienen und namentlich zu einer Bekämpfung der Trunksucht zu führen. — Die wirksamste Art dieser Bekämpfung, so bemerkt hierzu die „Trib.“, läge zweifellos in der Erschwerung der Gelegenheit zu ihr durch entsprechende Besteuerung des Branntweins; da diese indes bekanntlich zur „manchesterlichen Doctrin“ gehört, d. h.

gegen das Interesse einer einzelnen Produzentenklasse verstößt, wird auch hier vermuthlich wieder die Polizei berufen werden, das Geheimniß der sozialen Reform zu lösen.

— Die Gewerbekammer in Leipzig hat sich in der Sitzung vom 23. Oktober mit der Frage der Errichtung von Innungen beschäftigt und dabei Vorschläge zur Abänderung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung gemacht, die betreffen, in welche Zwangslage eine Anzahl reaktionärer Führer des Handwerks bringen möchte. Würden die von der Leipziger Gewerbekammer angenommenen Beschlüsse Gesez, so wäre es mit der Selbständigkeit des deutschen Handwerks und des einzelnen Meisters verlohren. Die Theilnahme an der Innung wird u. A. von der Erfüllung stimmter Vorschriften bezüglich der Gesellen- und Lehrlings-Verbände der Mitglieder abhängig gemacht. Fügt sich ein Meister diesen Vorschriften nicht, so hört er auf Mitglied der Innung zu sein, sich aber doch den Anordnungen der Innungen unterwerfen, denn soll lauten:

„Der Innung steht zu: a) die Aufsicht über die Lehre und die Prüfung derselben nach beendeter Lehrzeit, die Ausstellung der desfallsigen Zeugnisse, sowie die Entscheidung über Aufhebung oder Dauer des Lehrverhältnisses und den Uebertritt in ein anderes Gewerbe; b) die Leitung der von ihr beglaubigten Fachschulen; c) die Aufsicht über die von den Gesellen führenden Legitimationen; d) die Verwaltung der bei der Innung bestehenden oder zu errichtenden Kranken-, Sterbe- und sonstiger Hilfskassen. — Durch die Landesbehörde ist den Innungen die Aufsicht über das gesammte Lehrlingswesen ihrer Gewerbe zu übertragen, demgemäß auch den Lehrlingen, bei Nichtinnungsmitgliedern in der Lehre, die Verpflichtung aufzuerlegen, sich nach beendeter Lehre einer Prüfung durch die Innung zu unterwerfen. In Titel V der Gewerbeordnung ist eine Trennung der Bestimmungen über die Lehrlinge von denen über die jugendlichen Arbeiter vorzunehmen.“

Ferner hat § 7 folgenden Wortlaut:

„Die Befugniß zur Ausbildung von Lehrlingen kann jeder Gewerbetreibende verlagert werden, die nicht entweder nachzuweisen vermögen, das betr. Gewerbe ordnungsmäßig gelernt zu haben, oder nicht wenigstens einen in solcher Ausbildung befindlichen Berufsführer zur Leitung des technischen Betriebes in ihrem Gewerbe halten. Die Kontrolle hierüber kann den Innungen übertragen werden.“

In der Debatte über diesen Paragraphen hob ein Redner hervor, daß die Wenigsten Innungsmitglieder seien und man diesen doch die Befugniß, Lehrlinge auszubilden, nehmen und in Folge dessen auch nicht zumuthen könne, sich unter die Kontrolle der Innungen stellen. Der Referent entgegnete hierauf, daß man ja über eine Änderung der Gewerbe-Ordnung berathe und die Aufnahme einer solchen Bestimmung nur wünschenswerth sein könne. Der Zwangsparagraph wurde ebenfalls angenommen. Schließlich wurde beschloffen, den Entwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung drucken zu lassen und ihn der Delegirtenkonferenz zu Eisenach zu unterbreiten.

— Das Petroleum kostet jetzt im Kleinhandel 30 Pf. Liter, ein seit Jahren in dieser Höhe nicht erreichter Preis. Der von 6 Pf. auf das Liter kommt ganz und voll zur Wirkung. Selbst wird auch über die Verschlechterung der Qualität geklagt, durch welche der Kleinhandel gegenüber einem Engrospreise von 24 Pf. auf 100 Pf. den Zoll weniger spürbar zu machen sucht. Während vor dem Ueberfall der berliner Engrospreise pro Zentner nur um 1 bis 1½ Mark höher war als der bremser Preis, stellt sich derselbe z. B. augenblicklich 5 Mark höher (16 statt 11 Mark). Der Zoll beträgt bekanntlich 34 Mark. Alle Voraussetzungen von Windthorst, daß die Spekulation den Zoll tragen würde, von Schroeder (Pippstadt), daß die Amerikaner in ihren Spekulationspreisen um den Betrag des Zolles würden zu gehalten werden, und von Kardorff, daß die Amerikaner den Zolles mindestens zur Hälfte bezahlen würden, sind zu Schanden geworden. Petroleum kostete in New-York unmittelbar vor der Zolleinführung und kostet heute 12.

— Die Angelegenheit des Predigers Nefler, vom Konsistorium und später vom Oberkirchenrath bekannt mit einem Banne und einer Geldstrafe belegt war, weil bei der Trauung des Predigers Kalthoff, wohlgerichtet ob die kirchliche Amtstracht, eine Ansprache gehalten und den Brautpaar mit Worten des Segens geweiht hatte, diese unaufrichtige Angelegenheit ist nun endlich definitiv beigelegt worden. Am Sonnabend hat der kirchliche Gerichtshof, welchen Herr Nefler appellirt hatte, weil er nicht als Geistlicher assistirt und also gegen die Pflichten seines geistlichen Amtes nicht verstoßen zu haben glaubte, in längerer Sitzung den Theil

Verschämte Arbeit.

Im königlichen Schauspielhause zu Berlin gaben am Sonnabend die Studenten ihr Verdict in einer völlig verblüffenden Form ab. Der Vorhang hatte sich über Paul Lindau's „Verschämte Arbeit“ gesenkt, da begann ein Theil des Publikums mit der gleichen Energie zu zischen, mit welcher die Minorität Beifall klatschte. Der Parteien Zank und Hader stand eben in üppigster Blüthe, da trat Herr Direktor Deetz vor die Rampe und begann mit der ihm eigenen Feierlichkeit: „Im Namen des nicht anwesenden Verfassers danke!“ Weiter kam er nicht, der Dank blieb ihm im Halse stecken. Mit einer Bezeichnung, die an das Plagen einer Bombe gemahnte, schrieen hundert Rehlen Meyer. Dieser Ruf wirkte wie ein Orkan. Herr Deetz prallte zurück, versuchte es, mit seines Basses Grundgewalt gegen die Opposition anzukämpfen, als er aber das Fruchtlose seiner Bemühungen einsah, machte er jene Bewegung, die sicher vor ihm schon Pontius Pilatus zeigte, als er allen bequemen Leuten die Ausrede schenkte: „Ich wasche meine Hände in Unschuld“ und zog sich hinter den Vorhang zurück. Herr von Hülsen wird dieses Verhalten jedenfalls durch einen neuen Akt rügen, aber die Jugend folgt warmen Impulsen, und wenn die Form des Verdicts eine mildere hätte sein können, in der Hauptsache hatten die Studenten Recht. Fr. Meyer hatte ein kleines Verdienst, der Verfasser aber gar keins.

Lindau führt in dieser Novität allerlei Jongleurkünste aus. Wie ein Tausendkünstler ein lustiges Kartenhaus auf einen Strohhalm stellt und nun durch allerlei Wendungen die Balance zu halten sucht, so baute Lindau seine dramatische Handlung nebst allem dekorativem Beiwerk auf einem Strohhalm auf. Wagt es nun Jemand an dem Pfeiler zu rütteln, — was sage ich rütteln: nur daran zu tippen, so purzeln alle dramatischen Herrlichkeiten hollerdepolder in die Dinte zurück, der sie entstiegen. Das Hauptmotiv des Drama's ist folgendes: Martha, die Tochter eines Geheimen Regierungsraths, welche einen leichtfertigen Bruder und eine genußsüchtige Mutter hat, arbeitet nach

ihres Vaters Tode als Stickerin für ein offenes Geschäft, ohne daß Mutter und Bruder eine Ahnung davon haben. Diese verschämte Arbeit rechnet ihr die vornehme Gesellschaft, in der sie verkehrt, als Schande an, sie hat aber den Muth, die ehrliche Arbeit als etwas zu vertheidigen, dessen man sich nicht zu schämen brauche, und sie findet in dem Staatsminister von Hegershausen einen Gesinnungsgenossen. Da dieser hochstehende Herr, den Martha Onkel nennt, mit dem Johannis-trieb begnadet ist, so fühlt er sich zu der tapfern Geheimrathstochter hingezogen und gesteht ihr im offenen Ballsaal seine Liebe. Die Gelbin der verschämten Arbeit wird eine Exzellenz und hat fortan das Stacheln — Gott sei Dank — nicht mehr nöthig. Dieses Motiv hat der Possendichter wohl bereits in den „Geheimerathstöckern“ verwandt und es ist hier wohl besser am Platz als im ernstesten Drama, denn das tragische Pathos erscheint der Sache gegenüber als eine Uebertreibung. Eine Geheimerathstochter, welche in behaglichen Räumen wohnt, mit der Mutter ein anständiges Wittwengehalt verzehrt und einen Minister und Bankier zu ihren Freunden oder gar Verwandten zählt, ist nicht so übel dran, und was Lindau da Arbeit nennt, erscheint uns im Grunde als Spielerei. Es fällt aber die Erfindung aus einem triftigeren Grunde in Nichts zusammen, und das ist der, daß unsere gute Gesellschaft die Arbeit gar nicht mehr für eine Schande hält. Ich kenne die Töchter eines vortragenden Rathes in einem unserer Ministerien, welche gar kein Geheimniß daraus machen, daß sie für Waarenlager arbeiten. Wer unsere Bazaars und Weihnachtsmessen besucht, wird hochadelige Namen auf den zum Verkauf ausgelegten Stickerien, bemalten Dosen, Fächern, Federkasten und anderen Dingen finden. Sollten sich aber thatsächlich in jenen höheren Regionen noch Personen finden, welche in unseren Tagen Arbeit für eine Schande halten, so sind das eben Narren, mit denen sich nicht rechnen läßt. Da nun der Verfasser in den vornehmsten Kreisen unserer Gesellschaft verkehrt, so räume ich ihm unbedingt eine autoritative Bedeutung in dieser Frage ein. Lindau muß es besser wissen, als ich, wie weit in jenen vorurtheilsvollen Kreisen die Narrheit geht.

Ich aber weiß vielleicht besser, wie weit in den unteren Schichten die Armuth geht. Hat der Verfasser eine Ahnung davon, was es in Berlin heute Hunderte von armen Frauen giebt, welche von hungernden Kindern umgeben, in kalter Stube sechs Stunden täglich an der Nähmaschine arbeiten, um Brod zu erringen. Weiß er, was für solche Wesen gehört, eine Mark zu erringen? In den Portefeuilfabriken zählt man für das Nähen von 12 Dugend Portemonnaiebeuteln eine Mark, die Näherin muß aber außer der Arbeit auch die Nähseide für diese 144 Beutel liefern. Diesem Verdienste entspricht der Lohn einer Frau, die Unterröcke stept oder Zeug näht. Und wenn nur Arbeit dieser Art noch immer haben wäre! Aber zuweilen laufen diese unglücklichen Geschickte- und wochenlang umher und betteln vergebens um Arbeit. Je größer dann die Noth, je flehender der Blick ihrer kranken Kinder wird, desto billiger wird ihr Angebot, ungeheurer ihr Opfer. Wie viele Mütter treten die Marktschreier der Armenärzte warnend sagt: Wenn Sie sich noch weiter so abhasten, liegen sie in zwei Jahren auf dem Kirchhof. Wie giebt es für sie eine Umkehr, können sie heraus aus dieser Nothlage? Die Kinder wollen essen, der Wirth verlangt Miete, und sie müssen weiter, bis sie den Hafen des Friedhofs erreicht haben.

Und will Lindau wissen, wer den Kampf dieser Unglücklichen erschwert, wer die Preise so herabdrückt, daß die Arbeiter hoffnungslos versinken müssen im Strome des Glends? Sie sind zum Theil jene Geheimerathstöchter, welche sich, um ein Groschen für Putz zu erwerben und eine Zerstreuung in müßigen Stunden zu haben, mit Handarbeiten beschäftigen. Warum Paul Lindau nicht für die rechte Arbeit die Armuth ein? Weil seine Arbeit, seine Armuth falschlich bleiben müssen, um sie im Hoftheater vortellen zu können. Aber er wird wohl im Ernste kaum erwarten, daß das Schicksal seiner Gelbin beklagenswerth finden sollen. Eine Dame, welche Glacehandschuhe über „die zerflohenen Hände“ ziehen kann, der schadet ein wenig Nacharbeit nicht.

bestand untersucht und ist zu der Entscheidung gelangt, daß die betreffenden Behörden vermöge ihrer Disziplinarbefugnisse formell berechtigt gewesen seien, die betreffenden Strafen zu verhängen. Hierfür also eine Verletzung allgemeiner Rechtsgrundsätze hier nicht vorliege, sei die Berufung des Herrn Reßler zu verwerfen. Es bleibt sonach endgiltig bei der gegen denselben verhängten Strafe.

Aus den schlesischen Gebirgskreisen melden zahlreiche Berichte, daß die Gemeindevorstände, sowie die Kreisaußschüsse auf Anregung der Landräthe mit der Beschaffung von Kartoffeln für die Arbeiterbevölkerung vorgehen, um die Wirkung der Kartoffelmisere abzumildern. Der Landrath in Waldenburg hat ein Komité gebildet, welches zum Preise von 3 Mark 50 Pfennige ein Sack von 75 Kilo Gewicht Speisefartoffeln beschaffen wird, für den Gemeindevorstände der Industriedörfer aufgefördert, von dem und die Kartoffeln zu beziehen und zu mäßigen Preisen der Bevölkerung zu überlassen. — Im Löwenberger Kreise, wo der Bedarf an Speise- und Saatkartoffeln für die kleineren Grundbesitzer und die Arbeiter durch die Ernte nicht gedeckt ist, hat der Landrath Vorkehrungen getroffen, daß zur Deckung dieses Bedarfs Kartoffeln von außerhalb des Kreises herangeschafft und deren Kosten eintheilen auf Unwesen des Kreis-Ausschusses aus der Kreis-Kommunal-Kasse gedeckt werden. Die einzelnen Gemeinden erhalten die von ihnen bestellte Quantität zu billigeren Preisen als beim Einkauf im Einzelnen, holen sich dieselben von einem ihnen bezeichneten Orte ab und bezahlen sie demnach an die Kreis-Kommunal-Kasse. Zugleich hat der Landrath durch die Gemeindevorstände feststellen lassen, ob anzunehmen ist, daß alle arbeitsfähigen mittellosen Dorfsassen in den Gemeinden selbst, alle arbeitsfähigen oder anderen Stellen während des bevorstehenden Winters genügend Arbeit finden und Lohn verdienen werden, um sich und ihre Familien mit Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln versehen zu können, oder ob und wieviel arbeitsfähige Personen vorhanden sind, welche auch bei reichlichem Willen voraussichtlich keine dauernde und lohnende Beschäftigung haben werden. In letzterem Falle wird beabsichtigt, durch Inangriffnahme von Chausseebauten diesen Personen Gelegenheit zum Arbeitsverdienste zu verschaffen. Für den Kreis Vorpommern hat der landwirthschaftliche Kreisverein auf Veranlassung des Landraths die Beschaffung der Kartoffeln übernommen.

Görlitz, 24. Oktober. Am Freitag hielt der Reichstags-geordnete Lüders im liberalen Wahlverein einen Vortrag über seine Stellung zur Session. Er erklärte, dem Programm der Sessionisten in allen Punkten zuzustimmen, doch habe er sich der Bewegung bisher nicht angeschlossen, weil das Verhalten der national-liberalen Partei im Reichstage bisher keine Veranlassung gegeben habe, der Session zu folgen und er die Sessionisten für zu schwach halte, für sich allein Einfluss auszuüben. Wenn aber die national-liberale Partei im Reichstage ihr eigenes Werk: die nationale und liberale Gesetzgebung des Reichs, welche nach beiden Seiten noch lange nicht abgeschlossen sein kann, konfessionellen und partikularistischen Strömungen gegenüber im Stich läßt, so würde er aufhören, Mitglied dieser Partei zu sein. Nach diesen Erklärungen kann man den Abg. Lüders faktisch wohl noch zu der national-liberalen Partei zählen, seiner Gesinnung nach aber gehört er zur Gruppe der Sessionisten. (Bresl. Ztg.)

Glogau, 23. Oktober. [Merkwürdige Symptome.] Die letzte diesjährige Schwurgerichts-Periode ist am Donnerstag nach beinahe dreiwöchentlicher Dauer beendet worden. An fast allen Sitzungstagen war der Andrang des Publikums ein sehr bedeutender und verflochten letzteres die Verhandlungen mit größtem Interesse. Nach dem Terminzettel sollten 19 Anklagen zur Verhandlung kommen; zwei mußten ausfallen, die eine, weil der erforderliche Sachverständige wegen Krankheit nicht erscheinen konnte, und die andere und zwar die gegen den Schmiedegesellen Bartisch aus Nechlau wegen eines versuchten Verbrechens gegen die Sittlichkeit, weil die gerichtliche Voruntersuchung nicht erledigt war. Diese Thatsache hat selbstverständlich große Verwunderung erregt, und wollte man es durchaus nicht begreifen, daß es möglich gewesen sei, eine noch nicht spruchreife Sache vor das Schwurgericht zu bringen; doch noch größeres Aufsehen hat das Ergebnis hervorgerufen, daß von 17 zur Verhandlung gelangten Anklagen sieben — also fast die Hälfte — mit Freisprechungen endeten. Von jenen Fällen wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge wurde erkannt in einem auf Verurtheilung und in dem andern auf Freisprechung; in einer Anklage wegen Unterschlagung im Amte auf Verurtheilung; in sieben Fällen wegen Meineids, in fünf auf Verurtheilung und in zwei auf Freisprechung; in zwei Fällen wegen vorsätzlicher Brandstiftung, beide Mal auf Freisprechung; in zwei Fällen wegen versuchten Verbrechens gegen die Sittlichkeit, in einem Falle auf Verurtheilung und in dem andern auf Freisprechung. Die Anklage wegen Münzverbrechens

und eine zweite wegen Giftmordes endeten mit Verurtheilungen, während eine dritte Anklage wegen räuberischer Erpressung mit Freisprechung schloß. Die Verhandlung des eines Falles wegen Brandstiftung (gegen den Arbeiter Schulz und den Schmiedegesellen Scholz aus Sagan wegen fünf resp. vier Brandstiftungen) erforderte zwei Tage, 42 Zeugen waren geladen und nach der Bereisaufnahme ließ die k. Staatsanwaltschaft die Anklage gegen den einen Angeklagten vollständig fallen, gegen den andern Angeklagten hielt sie dieselbe nur in einem Falle aufrecht, und auch in diesem erfolgte das Nichtschuldig der Herren Geschworenen, da nicht ein einziges belastendes Moment erbracht werden konnte. Obenstimmend wies die Anklage gegen Seidemann wegen Brandstiftung so gravirende Momente auf, daß eine Verurtheilung hätte erfolgen können. Die übrigen erfolgten Freisprechungen waren in gleicher Weise begründet. Es ist nicht unsere Sache, die einzelnen Anklagen einer Kritik zu unterwerfen, es ist aber unsere Pflicht, zu konstatieren, daß die meisten Anklagen beim Publikum einen befremdenden Eindruck zurückgelassen haben; besonders verurtheilt die Anklagen, welche so wenig belastende Momente enthielten; man fragte auch über die lange Dauer der Untersuchungsphase, in der sich die Angeklagten befunden haben, und man befragte die ganz enormen Kosten, die der Staatskasse zur Last fallen. In der einen Sache waren, wie schon mitgeteilt, 42, und in den anderen Anklagen, die mit Freisprechungen endeten, meistens 10, 12 oder 14 Zeugen geladen und bezahlt worden. Großes Aufsehen erregte sowohl bei den Geschworenen, als auch beim Publikum das während der Schwurgerichts-Periode bekannt gewordene Zirkular des Herrn Staatsanwaltes Woytasch an die Landräthe im Glogauer Landgerichtsbezirk und an die Polizei-Verwaltungen im Departement der Provinz Pommern. In dem Zirkular befindet sich folgende Stelle: „Auch die Geschworenenprüfungen gehen vielfach auf Nichtschuldig in klaren Untersuchungen hinaus, so daß sie oft gerechte Verwunderung erregen müssen. Ich kann nur annehmen, daß die Unmasse der Brandstiftungen das Gefühl für dieselben abgestumpft hat.“ Eine solche Kritik der Geschworenenprüfungen aus dem Munde des ersten Beamten der Staatsanwaltschaft mußte einen eigenthümlichen Eindruck hinterlassen, verstümmen und zum Nachdenken anregen, wenn man der Kritik des Herrn Staatsanwaltes die erhobenen Anklagen, besonders die Anklage gegen Schulz und Scholz gegenüber hält. (Niederschl. Anzeiger.)

Frankreich.

Paris, 24. Oktober. Laut einer telegraphischen Depesche aus Rom vom heutigen Tage hat der Papst Leo XIII. die ehemaligen Civilbeamten des Papstthums empfangen und die Gelegenheit dazu benutzt, nicht bloß die Treue dieser Beamten zu beloben, sondern zugleich Einspruch gegen die Vererbung der Kirche zu erheben, und hinzugefügt, er, der Papst, sei zwar weder frei noch unabhängig, aber er werde niemals aufhören, Proteste und Einsprüche zu erheben, er werde niemals die vollbrachten Thatsachen anerkennen und erwarte mit Zuversicht die von Gott zur Vergeltung bezeichnende Stunde.

Paris, 24. Oktober. Der General de Cisseu hat sich, kaum in seiner Privatwohnung in der Rue de l'Université abgestiegen, von einem Reporter des „Gaulois“ ausfragen lassen und ihm im Wesentlichen Folgendes erklärt:

Was die beiden in dem Prozeß Woeßlyne verlesenen Briefe angeht, so hatte der erste, welcher den Kauf eines Hauses für Frau Jung betrifft, nur den Zweck, zu vermitteln und einen Skandalprozeß zu verhüten. Ich kannte damals kaum Frau Jung und Herrn Jung habe ich nie gesehen. Der andere, der sich auf den Zutritt zum Präfekten bezog, sollte einfach die Pforten einer Lehranstalt einer Mutter öffnen, welche, was auch der Advokat des Herrn Jung gesagt haben mag, durch ein gerichtliches Erkenntnis ermächtigt war, ihren Sohn zu sehen. Hinsichtlich der von dem „Voltaire“ angeführten Thatsachen kann meine Antwort ebenfalls sehr einfach sein. Ein Pferdekauf hat überhaupt während der ganzen Dauer meines Ministeriums nicht stattgefunden. Die Remonte ging in der normalen Weise vor sich. Als mir einer meiner Kollegen einmal amerikanische Pferde empfahl, ließ ich die Händler bedeuten, daß ich sie vielleicht kaufen würde, wenn sie mir in Frankreich vorgeführt und geprüft würden, daß ich aber unbeschadet keine bestellen kann. Der Oberst Clément, dessen Namen man in diese Geschichte von deutschen Pferden hereingezogen hat, hatte mit Pferdekaufen gar nichts zu thun; er hat sich allerdings das Leben genommen, aber aus folgendem Grunde: Zur Zeit des Krieges hatte er zum Bedienten einen ausgedienten Soldaten, der,

obgleich Wittwer mit Kindern, als Stellvertreter in die Armee wieder eintreten wollte, um die damals sehr hohe Prämie zu verdienen. Der Oberst Clément, der ihm sehr zugethan war, hatte die Schwäche, ihm fälschlich das Zeugnis auszustellen, daß er ledig sei. Die Fälschung kam an den Tag und wurde von dem Unter-Intendanten Pezeril direkt der Staatsanwaltschaft denunziert. Das war gegen die Regel, aber einmal in Anspruch genommen, mußte die Staatsanwaltschaft auch einschreiten. Oberst Clément wurde von dem Zuchtpolizeigericht von Calu verurtheilt und nach diesem Erkenntnis hat er sich erschossen. Was die hunderttausend Chassepots betrifft, so kam eines Tages der Graf Harold v. Moltke (ein bekannter pariser Bon vivant, der Bruder des dänischen Gesandten, zu mir in mein Kabinett und sagte mir, daß er mir durch einen ihm befreundeten Oesterreicher hunderttausend Chassepots, die sich in Deutschland befänden, zu sehr vortheilhaften Bedingungen verschaffen könnte. — „Wir haben ein neues Modell“, erwiderte ich ihm, auf das Gras-Gewehr anspielend, „und brauchen daher keine alten Gewehre zu kaufen.“ — Herr von Moltke entgegnete: „Sie werden die Chassepots umwandeln und dabei noch immer viel Geld sparen.“ Ich schwieg dazu. Nun fehlte es uns aber damals an Säbeln, wir brauchten ihrer zwanzigtausend für die Kavallerie und ich mußte, daß sie in Deutschland zu finden wären. So dachte ich, beide Geschäfte zugleich abschließen zu können. Da aber diese Operation eine „Nähtung“ darstellte, zog ich vor Allem meinen Kollegen vom Aeußern (Grafen Decazes) zu Rathe. Dieser erwiderte: „Je mehr Sie gerüstet sein werden, desto mehr wird man uns respektieren.“ Ich wandte mich an meine anderen Kollegen; sie waren sämtlich derselben Ansicht. Noch mehr: Ich holte das Gutachten des Kammerausschusses für das Liquidationskonto ein, welches Herr Duclerc (einen Republikaner, gegenwärtig Vizepräsidenten des Senats) zum Vorsitzenden hatte. Auch dieser gab seine Zustimmung. Nun erst kaufte ich die Chassepots und stellte noch die Bedingung, daß sie französischen Ursprungs wären, denn während des Krieges hat man, wie Sie wissen, so zu sagen überall Chassepots fabrizirt. Die Artillerie-Direktion von Douai hatte die Lieferung abzunehmen; auf die Weisungen des Generals Berge zeigte sie sich sehr streng und nahm nur die Gewehre an, welche vor ihren Augen abgefeuert und noch vollkommen tauglich waren. Was man nun aber gar von den Mobilmachungsplänen gesagt hat, so hat man damit nur bewiesen, daß man nicht das Geringste von der Sache versteht. Sie sehen hier diesen Tisch? Der Mobilmachungsplan nimmt noch mehr Raum ein, als seine ganze Höhe. Er ist die Arbeit von drei oder vier Bureau und man braucht Tage und Nächte, um ihn zu kopiren, ganz abgesehen davon, daß alle Bureau sich zu Witschuldigen des Verraths machen müßten. Die Festungspläne sind sogar nie in mein Bureau gelangt, sondern immer in der Genie-Direktion geblieben. Um mir nun endlich bei den Gerichten für alle diese Verleumdungen Genugthuung zu verschaffen, habe ich so eben an den Kriegsminister folgenden Brief gerichtet:

Herr Minister! Sie haben mir einen Untersuchungsrath und um so mehr ein Kriegsgericht abgeschlagen und mir dagegen gerathen, mich an die Gerichte zu wenden, um den Angriffen Einhalt zu thun, denen ich mich in den Blättern ausgesetzt sehe. Indem ich von dieser Ermächtigung Akt nehme, habe ich die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß ich mich an die Justiz wende.

de Cisseu.

Der Minister kann einem Divisionsgeneral und ehemaligen Minister nicht die Mittel verweigern, seine Ehre selbst zu vertheidigen, nachdem er die Vertheidigung der Ehre eines Obersten in die eigene Hand genommen hatte. Ich habe Recht auf Richter und werde meine Richter finden.

Italien.

[Baron Ricasoli] ist, wie telegraphisch gemeldet wurde, am Schlagflusse gestorben. Mit diesem Staatsmanne ist wiederum eine der hervorragendsten Persönlichkeiten aus dem Leben geschieden, welche die Einheit Italiens mitgeschaffen haben. Die Uneigennützigkeit und Loyalität, mit denen Ricasoli der Sache seines Vaterlandes diente, sichern ihm überdies einen Ehrenplatz in der Reihe der Patrioten, welche nach dem leuchtenden Vorbilde Cavour's an der Neugestaltung des italienischen Staatswesens mitwirkten. Am 9. März 1809 zu Florenz geboren, nahm er an den Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich in Toscana geltend machten, zwar einen regen Antheil, gehörte aber zu denjenigen, welche im Jahre 1849 die Rückberufung des durch die Revolution vertriebenen Großherzogs befürworteten. Als dann die erhofften liberalen Reformen ausblieben, zog sich Ricasoli ins Privatleben zurück, um erst im Jahre 1859, diesmal aber auf Seiten der Parteigänger des Königs von Sardinien, wieder aktiv an der Politik theilzunehmen.

Die Erfindung, daß die Salonschlange Isabella bei Martha ein Stuhl ficken läßt, um sich vor dem Minister mit fremden Federn zu schmücken, ist allerliebste, nur schade, daß Dr. Jacobson dieselbe schon vor Lindau in der Post „Liebeszauber“ verwendet und daß Alfred de Musset sie eigentlich gemacht hat.

Der Autor verfehlte in ethischer Beziehung den rechten Weg und sein Werk hat auch technische Mängel. Das Hauptgebrechen besteht darin, daß der Minister zweimal lange und höchst langweilige Reden für und gegen dieselbe Sache hält. Ja, jene macht sogar einmal Gründe gegen die verschämte Arbeit geltend, trotzdem er die Vertheidigung derselben kurz vorher im Parlament in viel bewunderter Weise geführt hat. Diese Reden ermüden. Es kommt dazu, daß viele Nebendinge mit solcher Umständlichkeit betont werden, daß sich mehrere lange Pausen wie öde Sandbänke im seichten Strom der Handlung ausnehmen. Da schlägt ein Bäckermeister mehrere Namen im Verifon nach, da wird ein Blumenstrauch aus dem Zimmer getragen, eine Lampe angezündet und jedesmal stockt der Dialog. Wiederholt sehen wir, daß Lindau Wahrscheinlichkeit und Charakter drangiebt, um einen äußerlichen Bühneneffekt zu erzielen. So wie im letzten Akt der Minister gegen Martha's Arbeit spricht, nur um dieser Gelegenheit zu schaffen, das Recht der Arbeit mit Pathos zu vertheidigen, so läßt er die Salonschlange Martha's Worte kopiren von den Opfern und Mähen, welche eine Stickerarbeit erfordere. Der Autor hat diese Dame aber vorher mit so viel Weltklugheit ausgerüstet, daß wir ihr eine solche Plumpheit unmöglich zutrauen können. Der Wahrscheinlichkeit schlägt der Dichter in der Schlussszene ins Gesicht. Hier erklärt der Minister vor den versammelten Gästen Martha seine Liebe. In alten Zeiten kam es ja wohl vor, daß der Held der Geliebten vor dem versammelten Reizvolk seine Liebe gestand, ja es soll sogar Herzöge gegeben haben, welche auf der Brautschau den Gefährten ihre Geliebte im Zustande Eva's vorstellten, um ihre Ansicht über die Leibesvorzüge derselben zu hören, aber in der Gegenwart, in der Gesellschaft, welche der Autor selber als vorurtheilsvoll schildert, wird ein Minister wie alle andern anständigen Leute vor der

Geliebten sein Herz in der Stille ausschütten. Ein Liebesgeständnis, wie es Lindau's Minister vorbringt, erinnert an die Familienfeste, welche in der Blödsinnsposte auf dem Wolkenmarkt gefeiert werden.

Die Novität ist reich an Witzworten. „Wie kommt der Mann in unsere Familie?“ sagt Isabella von ihrem Vater. Das ist gut, aber nicht neu. „Ihr Haus ist mein Klub“, sagt der amerikanische Korrespondent und giebt damit eine Umschreibung des französischen: „Ihr Herz ist ein Klub“. Dieser Korrespondent, welcher immer das Wort im Munde führt: „Der Friede Europa's ist für Deutschland Verdauungsbedürfnis“, hat mit dem Minister eine Interview, welche den „Wespen“-Interviews unseres Stettenheim so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern. Was in ein Witzblatt paßt, eignet sich nicht immer für ein ernstes Drama.

Die Vorzüge des Drama's liegen fast nur in der Zeichnung des Zacharias Gerhardt und der Anlage zweier Nebenfiguren, des Raimund und der Hildegard. Der Bäckermeister ist eine überaus fein beobachtete Figur und das Dilemma, welches sein Auftreten im Hause der Tochter Isabella hervorruft, wirkt sehr ergötzlich. Zudem hat mir der philosophische Zug in dem Wesen des einfachen Mannes recht gefallen. Herr Krause spielte diese kleine Rolle meisterhaft. Auch Herr Bollmer war mit einer Rolle bedacht, welche im Anfang viel versprach, die aber in der ersten Entwicklung stehen blieb. Die Hildegard bringt nur eine heitere Scene, sie ist dazu da, um die Monotonie des zweiten Aktes etwas zu beleben. Fr. Conrad setzte dem dunklen Bilde heitere Lichter auf. Die muntere Schauspielerin besitzt eine große Darstellungsgabe, die ganz auf das Realistische gerichtet ist. Es liegt etwas Puziges in ihrem Wesen, und wenn sie mit einem klangvolleren Organ ausgerüstet wäre, würde sie eine prächtige Soubrette werden. Zur munteren Liebhaberin fehlt ihr Grazie. Bleibt sie der Bühne treu, so erhalten wir dereinst in ihr eine komische Alte, wie sie besser in ganz Deutschland kaum zu finden sein wird. Die übrigen Figuren bewegten sich im alten Geleise und Fr. Meyer als Martha, Herr Berna

als Minister, Fr. Reßler als Isabella setzten ihre volle Kraft ein, um die Novität über Wasser zu halten. Ich fürchte, es ist ihnen nicht gelungen.

Nachdem Paul Lindau das deutsche Theater mit einer „Gräfin Lea“ beschenkt hatte, durfte man Besseres von ihm erwarten als dieses schwächliche Nachwerk, welches in der Unwahrheit des erkünstelten Konflikts, in der optimistischen Färbung vieler Dinge, in der Tändelei mit schönen Phrasen an eine Clauren'sche Novelle erinnert. Sollte die Erklärung für diese Abnahme der Flugkraft nicht in dem Drama selber zu finden sein? Paul Lindau, der Mann, welcher beim Beginn seiner Laufbahn, als er sich Lassalle geistig verwandt fühlte, für sozialdemokratische Prinzipien schwärmte, hat an diesem dramatischen Gemälde die Bismarckfarbe nicht gespart. Das ist ein Kokettiren mit dem aufklärten Minister, ein Liebesgeln mit der guten, wahrhaften, nur das Beste der Menschheit wollenden Regierung, das ist ein Verspötteln der Oppositionsmänner, daß man glauben sollte, das Stück sei im Rausche der kriegerischen Erfolge geschrieben, nicht aber in unserer Zeit, wo wir eine frische, fröhliche Reaktion haben. Dabei merkt man, daß dem Dichter, in dessen Knopfloch der einft von ihm so arg verspottete weimarische Falke nistet, noch immer Lassalle'sche Schlagwörter im Kopfe spuken. Dafür zeugt der spöttische Hieb auf die Selbsthilfe, denn Lassalle war bekanntlich auf nichts eifersüchtiger als auf das schöpferische Genie Schulze-Delitzsch's, welcher ohne Staatshilfe eine Schutzwehr für den Arbeiter und kleinen Handwerker geschaffen hat. Nun ist der Dichter mit der oppositionslustigen Seele in jene höheren Regionen hin aufgestiegen, wo ihn die Sonne fürklicher Gunst bescheint, und ich fürchte, die aristokratische Gesellschaft flucht dem Simphonien die Locken. Es ist ein gefährlicher Weg, den jener Dichter betreten, der mehr als das Sprühfeuer des Witzes, der auch Gemüth besitzt und einer ehrlichen Begeisterung fähig ist. Das Schlimmste, was ihm in den Salons der aristokratischen Welt begegnen könnte, sieht er vielleicht nicht, wir wollen ihn darum warnen: Es könnte geschehen, daß man ihm seinen Charakter nähme und den eines Geheimraths dafür hinlegte. (Volks-Ztg.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 26. Oktober.

— [Revision der posener Simultanschulen.]

Am 25. d. M. revidierten die Herren Ministerialräthe Wählschlag und Esser, Herr Regierungsrath Lucke und Herr Oberbürgermeister Kohleis die hiesige III. Stadtschule (Wallischei). Es sollte durch die Revision festgestellt werden, ob die gegenwärtigen Schuleinrichtungen sich bewährt hätten, oder ob die Angriffe in der polnischen Presse über die hiesigen Volksschulen begründet und die in einer Petition an Se. Excellenz den Herrn Kultusminister gerichteten Beschwerden auf Wahrheit beruhten. In Folge dessen wurden ganz besonders die polnischen Kinder geprüft und überzeugte sich Herr Rath Esser bis ins Kleinste von den Leistungen der Schüler verschiedener Klassen. Die Prüfung erstreckte sich auf Deutsch, Geographie, Rechnen, Geschichte und Polnisch. Da dieselbe vollständig unerwartet kam, die Lehrer somit überrascht wurden, war nicht das Geringste vorbereitet, so daß die Herren Revisoren unbedingt ein wahres Bild von den Leistungen erhielten. Die Prüfung ergab durchweg äußerst günstige Resultate, wodurch unsere Schul-Einrichtungen als vorzügliche gerechtfertigt und die Anschuldbigungen der Gegner als vollständig unbegründet widerlegt wurden.

i. [Posen als Eisenbahnknotenpunkt.] Die am 15. Oktober erfolgte Einführung der Posen-Creuzburger Eisenbahn in den Zentralbahnhof bildet den voraussichtlichen Abschluß einer längeren Periode des Eisenbahnbaues in unserer Provinz. Die noch fehlenden Arbeiten, wie die Anlage der Ueberführung von dem Hauptempfangsgebäude nach der westlichen Einfahrt der Märkisch-Posener Bahn ist bereits in der Ausführung begriffen und ist es hierbei vielleicht von Interesse, die historische Entwicklung des Eisenbahnanschlusses unserer Stadt in das Gedächtnis zurückzurufen.

Die erste Bahn, welche die Provinz und Stadt Posen berührte, ist die am 10. August 1848 eröffnete Posen-Stargardter Eisenbahn, welche in dem zum Theil noch bestehenden alten Bahnhofe ihren Anfang nahm. Die zu drei Geleisen eingerichtete hölzerne Halle war für die Zeit ihrer Entstehung höchst reichlich bemessen und ist in den Räumen und auf den Geleisen dieses alten Bahnhofes der Verkehr der Kriegsjahre 1866 und 1870 glücklich bewältigt worden. Die Posen-Stargardter Eisenbahngesellschaft hatte bis zum 1. Januar 1869 den Betrieb auf der der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft gehörigen Strecke Stettin-Stargard mit, seit diesem Zeitpunkte hat ihn die Berlin-Stettiner Gesellschaft bis zu ihrer Verstaatlichung selbst besorgt. Die Posen-Stargardter Eisenbahn ging am 1. Juli 1851 in Staatsverwaltung über und zwar besorgte erst eine eigene Direktion den Betrieb, demnach stand die Bahn vom 1. Januar 1853 bis 1. September 1857 unter Verwaltung der Ostbahn, seit 1. September 1857 unter Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn, in deren Händen sie sich noch befindet. — Die nächste zur Stadt Posen und durch den südlichen Theil der Provinz führende Eisenbahnlinie ist die Breslau-Posener, welche am 29. Oktober 1856 eröffnet wurde. Die Bahn lief in den alten Stargardter Bahnhof ein, zu welchem sie durch ein stark gekrümmtes und stark steigendes Geleise von der noch bestehenden Strecke bei Oberwilda heraufführte. Dieses Geleise ist jetzt nur noch in einigen Spuren bei dem zoologischen Garten zu erkennen; letzterer selbst sowie der Landwehrgarten sind bekanntlich aus den alten Bahnhofsanlagen entstanden. Die Verbindung nach dem Westen von hier über Glogau wurde erst am 20. Dezember 1857 bis an die Oberbrücken bei Glogau eröffnet, der Verkehr über diese Brücken wurde seit dem 17. Mai 1858 übergeführt. Die Oberschlesische Eisenbahn ist seit 1. Januar 1857 unter Staatsverwaltung, und hat der jetzige Minister Maybach als Kommissarius des damaligen Ministers v. Dreyer die Verstaatlichung zu jener Zeit bewirkt. — Die demnach nach 13jähriger Pause zu Stande gekommene, von Posen ausgehende Eisenbahnlinie ist die am 26. Juni 1870 eröffnete Märkisch-Posener Eisenbahn, eine Stroussberg'sche Gründung, welche zunächst in einem eigenen Empfangsgebäude in der Nähe der Breslauer Chaussee bei St. Lazarus ihren Betrieb besorgte. Mit Einführung dieser Bahn in das Schienennetz der Linie bei Posen wurde die Verstellung eines Zentralbahnhofes, auf welchem alle in der Stadt Posen zusammenlaufenden Eisenbahnen münden sollten, projektirt und ist derselbe nach zehnjährigen Verhandlungen und Umbauten endlich am 15. Oktober 1880 zur Thatsache geworden. — Die weiterhin zunächst erbaute Bahnlinie ist die am 26. Mai 1872 eröffnete Posen-Bromberger Bahn, von welcher am 25. März 1873 die Snoraglaw-Thornier Abzweigung dem Verkehr übergeben wurde. Im Jahre 1873 fuhren die Züge der Bromberger und der Thornier Linie noch auf dem alten Bahnhofe der Stargardter Bahn ein, ein für Reisende, welche nach Westen weiter fahren wollten, höchst unbequemer Zustand, am 1. Januar 1874 wurde das provisorische gemeinsame Empfangsgebäude für die damals vorhandenen vier von Posen ausgehenden Linien nach Stargard, nach Guben, nach Breslau und nach Thorn eröffnet. Dieses Gebäude hat bis zum 15. November 1879 als Empfangsgebäude gedient, an diesem Tage wurde das jetzt bestehende massive Gebäude fertig und das provisorische binnen wenigen Wochen fortgerissen. In das provisorische Gebäude wurde am 15. Mai 1879 der Betrieb der Posen-Schneidemühl-Neustettiner Linie, welche zur Ostbahn gehört, verlegt, nachdem die Fortsetzung dieser Linie von Neustettin nach Belgard bereits am 15. November 1878 dem Verkehr übergeben war; seit diesem Zeitpunkte bewegt sich der Verkehr von hier nach Ost- und Westpreußen über Schneidemühl.

Die am 15. Oktober d. J. ebenfalls in dem Zentralbahnhof eingeführte Posen-Creuzburger Bahn wurde am 10. November 1875 mit einem provisorischen Bahnhofe in der Nähe von Oberwilda eröffnet, nach jährigem Bestehen ist derselbe nunmehr für den Personenverkehr aufgegeben.

Somit sind seit Einführung der Eisenbahn bis Posen also seit 32 Jahren schon 4 Empfangsgebäude nacheinander theils abgerissen, theils als Empfangsgebäude aufgegeben, ein Bahnhof, der jetzt sog. alte, ist gänzlich verlassen, die alte Linie der Stargardter Bahn hat eine erhebliche Verlegung von der Südseite des Dorfes Jerzyce nach der Nordseite erfahren, die Strecke der Breslau-Posener Bahn ist um etwa einen Kilometer verkürzt worden; die beiden Aktienbahnen sind von ihren provisorischen eigenen Bahnhöfen nach den gemeinschaftlichen Zentralbahnhöfen übergeführt. Die Gesamtanlage des Zentralbahnhofes, welche in ihrer technischen Konstruktion durch die Vorschriften der Fortifikationsbehörden bedingt ist, ist in Geleisen, Perrons und Räumen für Personenverkehr und Betrieb groß und für absehbare Zeit ausreichend angelegt und ist ebenbürtig vielen in neuerer Zeit umgebauten oder neu angelegten Bahnhöfen.

* [Die Volkszählung.] Wenige Wochen nur trennen uns noch von dem Tage der allgemeinen Volkszählung. Der Statistiker Dr. Engel hat nachgewiesen, daß die Volkszählung eines der besten Mittel der Nation ist, sich selbst kennen zu lernen. Die gewonnenen Zahlen dienen aber auch in ihrer weiteren Verarbeitung der Statistik und der Wissenschaft zu vielfachen

Untersuchungen. Ist also die Volkszählung unstreitig von ganz allgemeiner Wichtigkeit, so hat auch jeder Einzelne ein Interesse daran, daß richtige Zählungen vorgenommen werden. Hieran mitzuwirken, wird jedem Einwohner, namentlich jedem Familienvater und Haushaltungsvorstande die Gelegenheit geboten werden. Bekanntlich soll die Bevölkerung in doppelter Weise an der Volkszählung theilhaftig werden, einmal durch Ausfüllung der Zählungsformulare von dem zu Zählenden selbst und zum Andern, indem freiwillige Zähler die Arbeit der Ausfüllung, Wiedereinsammlung und Kontrolle als Ehrenamt besorgen. Voraussichtlich werden im Volke auch diesmal der Volkszählung wieder die ähnliche Hindernisse begegnen, wie sie früher das Geschäft erschwert haben. Um so mehr wird jeder Verständige im Bewußtsein, einer guten Sache in gemeinnütziger Weise zu dienen, darauf bedacht sein müssen, die Zähler und die mit der Ausfüllung des Zählungsformulars befaßten Behörden nach Kräften zu unterstützen. Die preussischen Bezirksregierungen zc. haben denn auch, wie wir hören, Anweisung erhalten, in der Presse auf die große Wichtigkeit der Volkszählung aufmerksam zu machen.

— Graf Czarniecki auf Rusko, welcher von der Strafkammer des Landgerichts Lissa zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, weil er auf dem Dache seines Schlosses zu Siesowo zwei Blechfächer mit der Aufschrift „Tod den Deutschen“ (miorc Niemcom) hatte anbringen lassen, hat, wie die polnischen Blätter melden, gegen das Urtheil die Berufung eingelegt. Der hochedle Herr, der wohl nicht glauben mochte, in den ungebundenen Zeiten der Republik Polen zu leben, dürfte seinen Landsleuten keinen guten Dienst durch diese Geldthat erwiesen haben, da die Sache in deutschen Kreisen gar viel böses Blut gemacht hat.

— Stadttheater. „Krieg im Frieden“ und „Rosenkranz und Gildenstern“ kommen im November zur Aufführung.

r. Personalien. Der Schulamts-Kandidat Dr. Krause ist vom 1. Oktober d. J. ab als ordentlicher Lehrer am f. Marien-Gymnasium in Posen angestellt; der bisherige ordentliche Lehrer an der höheren Bürgerschule zu Osirode, M. Lius, ist vom 1. Oktober d. J. ab als ordentlicher Lehrer an der f. Realschule zu Rawitsch und der Hilfslehrer Robilke am Seminar zu Roschmin ist vom 1. Januar 1881 ab als ordentlicher Lehrer am Seminar zu Rawitsch angestellt worden. Am königl. Wilhelms-Gymnasium zu Krotoschin ist der ordentliche Lehrer Witte vom 1. Oktober d. J. ab zum Oberlehrer befördert.

— Der Ortsverband der hiesigen Gewerksvereine hielt am Montag im Gerfeth'schen Lokale, Bronzerstraße, seine ordentliche Versammlung ab. Nach Verlesung der letzten Quartals-Abrechnung, aus denen sich ein günstiger Kasienbestand ergab, wurde für Bildungszwecke ein höherer Prozentsatz als bisher bewilligt. Ferner wurde der Versammlung auch mitgetheilt, daß in nächster Zeit mehrere Vorträge von geschätzter Seite in Aussicht ständen, u. A. von dem Volkshilfsverein. In der weiteren Diskussion wurde auf den in Nr. 500 des hiesigen „konservativen“ Organes enthaltenen Leitartikel hingewiesen und dessen Ausführungen als auf den Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch unrichtig angewandt bezeichnet. Nach Abwidelung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

r. In Bromberg ist zwischen dem dortigen katholischen Kirchen-Vorstande und dem Rentier Magdzinski (Landtags-Abgeordneter) eine Fehde ausgebrochen, in der es sich um das katholische Waisenhaus = Grundstück zu Bromberg handelt. Herr Magdzinski war Vollmacht über dieses Grundstück erteilt worden, und derselbe hatte alsdann das Grundstück an seinen Schwager, den Gutbesitzer v. Freyer verkauft; dieser Verkauf wird aber als ungültig vom Kirchenvorstande angefochten, und es schwebt gegenwärtig der Zivilprozeß in dieser Angelegenheit, indem der Kirchenvorstand gegen Herrn Magdzinski klagbar geworden ist. Die Sache ist dadurch in die Öffentlichkeit getreten, daß das Pfarrkirchen-Vorstandsmitglied Podacki, welches 3 Jahr lang das Waisenhaus-Grundstück verwaltet hatte, in der „Bromberger Zeitung“ zwei Inserate veröffentlicht hat, in deren einem vor dem Anfaße des Grundstücks gewarnt wird, da die Gültigkeit des Verkaufs juristisch stark anzuzweifeln sei, während in dem anderen Inserat eine ausführliche Aufklärung über die Angelegenheit gegeben wird.

— Im Interesse der persönlichen Sicherheit der Postbeamten, welche bei den Annahmestellen die gesammelten Dienstgeschäfte oft nur allein versehen, und namentlich, um sie vor einem plötzlichen räuberischen Ueberfall zu schützen, hat, wie man hört, die f. Ober-Postdirektion in Berlin angeordnet, daß die vom Schaltervorraume zu den Annahmestellen führende Thüren stets verschlossen zu halten und mit einer Vorrichtung zu versehen sind, welche das Öffnen der Thüren nur von innen gestattet. — Den Vorstehern der betreffenden Hauptämter ist ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, für genaue Beachtung dieser Vorschrift bei den vorhandenen sowie noch einzurichtenden Annahmestellen zu sorgen.

r. Irrfahrten eines Dachdecker-Gehilfen. Bekanntlich ist die Dachdecker-Eventualitäten mancherlei Art ausgelegt, für die ein altes Gesangbuch durch Aufnahme eines besonderen kurzen Gebetes unter der Ueberschrift: „Stofseufzerlein eines Dachdeckers, während er vom Dache fällt“, Sorge getragen hat. Bismeilendankt die Dachdecker ihre Rettung allerdings gar seltsamen Umständen, z. B. jener, welcher vor einem Jahre von der nach dem Brande wiederhergestellten 240 Fuß hohen Kuppel der Kirche zu St. Blasien im Schwarzwalde herabstürzte und nur dadurch mit dem Leben davonkam, daß an den Tagen zuvor sehr bedeutender Schneefall gewesen war, so daß er nach mehrmaligen Aufschlägen auf die beschnittenen Dächer der Kirche wohl behalten unten ankam. Eine ähnliche glückliche Fahrt machte gestern ein hiesiger Dachdecker, welcher von dem Dache eines Hinterhauses auf der Wallischei hinabstürzte. Glücklicherweise fiel er nach der Warte hin und da gegenwärtig der Strom sehr angeschwollen ist, so plumpste er ins Wasser, tauchte bald wieder auf und setzte, des Schwimmens kundig, seine allerdings etwas sehr kühle Wasserfahrt bis zu einem der Hinterhäuser der Venetianerstraße fort, wo es ihm mit Hilfe anderer Personen gelang, zu landen. Sofort wurde er nach dem Kesselhause einer benachbarten Dampf-Schiffbau-Fabrik gebracht; hier entlebte er sich seiner triefenden Kleidungsstücke und trocknete dieselben in der Nähe des Dampfkessels ab, während er selbst durch die Wärme der Dampfkessel-Feuerung sich erwärmte. Nachdem er dann seine getrockneten Kleidungsstücke wieder angezogen, trank er einen tüchtigen Kummel und konnte nun seine durch diesen „kleinen“ Zwischenfall unterbrochene Dachdecker-Arbeit wieder aufnehmen.

△ Domst., 24. Oktober. [Fahrmarkt. Ueberfahrere.] Verschiedenes. Der hier am 21. d. M. abgehaltene Kram- und Viehmarkt erfreute sich, trotzdem es eigentlich der beste Markt sein sollte, keines günstigen Umlages. Viele von den erschienenen Kauflenten hatten nicht einmal ihre Waaren ausgepackt, während es nur den an geschickten Stellen stehenden Geschäftsleuten vergönnt war, bei dem großen Sturme ihre Buben aufrecht zu erhalten. Auf dem Vieh- und Pferdemarkt, der der schlechten Witterung wegen ebenfalls wenig betrieben war, entwickelte sich auch kein reges Geschäft. Die Preise beim Hindvieh hielten sich zwischen 100, 120—150 Mark pro Stück; nach Pferden war wenig Nachfrage, dagegen wurden für nur etwas angeführte Schweine 60—75 M. gefordert. — Am 20. d. M. ist die verm. Frau Buchholz aus Jülichau auf der Bahnstrecke von dem Zuge, der 6 Uhr 27 Min. in Jülichau eintrifft, derart überfahren, daß der Tod sofort eintrat. Angeblich soll die Frau blödsinnig gewesen

Nach der Vertreibung des Großherzogs von Toskana erhielt Riccasoli zunächst das Portefeuille des Innern und demnach das Präsidium des Ministerrathes, bis er am 26. März 1860 nach der Anektirung Toskana's zum Direktor im sardinischen Ministerium des Innern ernannt wurde. Nach dem Tode Cavour's zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen ernannt, machte er einige Jahre später Rattazzi Platz. Am 17. Juni 1866, wenige Tage vor der Kriegserklärung an Oesterreich, übernahm Riccasoli, der das volle Vertrauen des Landes bewahrt hatte, wiederum das Ministerpräsidium sowie das Innere, während Visconti Venosta das Auswärtige erhielt. In einem Rundschreiben, welches Riccasoli am 22. Oktober 1866 an die Präfecten des Königreichs über die allmähliche Rückkehr der von der Regierung bisher aus ihren Dörfern entfernt gehaltenen Bischöfe erließ, bekannte er sich als einen Anhänger des Cavour'schen Schlagwortes von der „freien Kirche im freien Staate“. Am 15. November vervollständigte er diese Verfügung, indem er nun auch denjenigen vertriebenen Bischöfen, die sich seither in Rom aufgehalten hatten, die Rückkehr in ihre Dörfer gestattete und zugleich an alle Präfecten ein Zirkular erließ, worin er seine Ansichten über die römische Frage und über die inneren Aufgaben des italienischen Staates darlegte. Letzteres Zirkular spiegelt deutlich die Unschlüssigkeit wieder, welche damals die italienischen Staatsmänner insbesondere in der römischen Frage an den Tag legten. Hatte Riccasoli während des Krieges seine Loyalität dadurch erwiesen, daß er allen Versuchungen, sich von der preussischen Allianz loszusagen, Widerstand leistete, so war er doch nach dem Friedensschlusse nicht im Stande, im Innern eine geschlossene parlamentarische Majorität für seine Pläne, insbesondere für seine Kirchenpolitik zu gewinnen. Im April 1867 trat Riccasoli, obwohl er bis zu seinem Tode noch der Deputirtenkammer angehörte, von der politischen Schaubühne zurück und hat seitdem nicht mehr in hervorragender Weise an der Politik theilgenommen. Noch bei den letzten Kabinettsveränderungen ist zwar sein Name genannt worden, ohne daß jedoch eine derartige Kombination zu Stande gekommen wäre. In den Annalen der italienischen Geschichte steht jedoch der Name Riccasoli's für alle Zukunft ehrenvoll verzeichnet.

Telegraphische Nachrichten.

London, 26. Oktober. „Daily News“ meldet aus Lahore: Gerüchtweise verlautet, in Kabul seien Unruhen ausgebrochen und der Emir Abdurrahman sei ermordet.

Konstantinopel, 26. Oktober. Die Sanktion der Konvention betreffend die Uebergabe Dulcigno's soll morgen zu erwarten sein.

Philippopol, 26. Oktober. Die Eröffnung der Provinzialversammlung hat heute stattgefunden. Die Eröffnungsrede Aleko's empfiehlt rasche Erledigung der Finanzgesetze. (Sämmtlich wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

7 Berlin, 26. Oktober, Abends 7 Uhr.

Die Abgeordneten Beisert, Riefke, Alex. Meyer und Rickert fordern diejenigen Abgeordneten, welche mit ihnen zu einer liberalen Vereinigung zusammenzutreten wollen, zu einer Besprechung am 28. Oktober Abends im Abgeordnetenhaus auf.

Terminisches.

* Heinrich Heine und Meyerbeer. Fürstin Maria della Rocca erzählt in ihrem Buche über Heine die Ursache des Zwistes zwischen Heine und Meyerbeer in folgender Weise: Im Jahre 1847 hatte Heine den Text zu einem Ballet „Doktor Johannes Faust“ geschrieben, das eigentlich für Her Majesty's Theater in London bestimmt war, ihm auch von dem damaligen Direktor Lumley freigeigelt bezahlt wurde, jedoch der großen technischen Schwierigkeiten halber nicht aufgeführt werden konnte. Obenbenig gelang es Heine, die Annahme seines Ballets an den Hoftheater von Wien und Berlin durchzusetzen. Um so größer war sein Versehen, als er im Jahre 1854 erfuhr, daß man in Berlin ein „Satanella“ betiteltes Ballet aufführe, welches eine Nachahmung seines „Faust“ sei. Diese Nachahmung war wirklich eine so tüchtige, daß Meyerbeer, der damals Kapellmeister am berliner Theater war, selber erklärte: Taglioni's „Satanella“ sei bloß eine Reproduktion unter verändertem Titel von Heines Libretto. Der Dichter hatte daher vollen Anspruch auf die als Autor ihm gebührenden Tantiemen. Allein trotz aller Bemühungen gelang es Meyerbeer nicht, dem Fremde zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Widerstand kam von Oben. Heine wollte dies aber nicht glauben, und da er Meyerbeer für allmächtig hielt, verübelte er ihm diesen Mangel an freundschaftlicher Gefälligkeit um so mehr, als, obgleich schon halb sterbend, er damals gerade fieberhaft bestraft war, seine Einkünfte zu vermehren, um, wie er sagte, seiner Wittve eine bessere Versorgung zu hinterlassen.

* Das Problem einer einfachen, bequemen und zugleich billigen Betriebskraft für Nähmaschinen scheint endlich zur vollen Zufriedenheit gelöst zu sein und dürfte sich die Anwendung der Letzteren auch überall da Bahn brechen, wo noch bisher theils durch ärztliche Verordnung, theils durch eigene Rücksichtnahme die Gesundheit gefährdende Arbeit an der Nähmaschine verboten resp. eingestellt wurde. Dieses kleine Betriebsmaschinchen, welches der berliner Maschinen-Fabrik von Möller und Blum in allen Ländern patentirt ist und durch deren Anfertigung und Einführung die Firma sich sicherlich den Dank aller Nähmaschinen-Besitzer und Beisitzerinnen in höchstem Maße erworben hat, ist an jede vorhandene Nähmaschine ohne Schwierigkeit anzubringen und wird einfach mittelst Gummischlauches mit einem vorhandenen Ausflußhahn der Wasserleitung in Verbindung gesetzt, so daß es nur — da der Druck des Wassers die treibende Kraft ist — des Aufdrehens dieses Hahnes bedarf, um die Maschine in Gang zu setzen. Der Wasserverbrauch selbst ist hierbei ein sehr geringer und kann die In- und Ausbetriebseinstellung momentan durch einfachen Zug am Hebelhahn des Motors erfolgen. Die Geschwindigkeit der Maschine läßt sich mittelst einer Supportschraube leicht variiren. Die Verbindung des Maschinchens mit dem Hahn der Wasserleitung geschieht auf eine höchst sinnreiche, einfache und absolut dichte Art der Verschraubung mittelst Schlauchmuffen, welches durch Bügelzwinge jederzeit an den Hahn fest und sicher geschraubt werden kann. Für die verschiedenen Arten von Nähmaschinen sind die Ausführungen der kleinen Wassermotoren dem entsprechend eingerichtet und können die verschiedenen Systeme mit gleichem Erfolge hiermit in Verbindung gesetzt werden.

— Nachdem hier bereits gestern der erste Schnee sich eingestellt und heute morgen das Thermometer 4 Grad unter 0 stand, hatten wir heute Nachmittag bei sehr starkem Sturm ein Schneetreiben, das man glaubte, sich bereits mitten im Winter zu befinden. Der Sturm hat nicht nur in den Wäldern, sondern auch in den umliegenden Gebäuden erhebliche Schäden angerichtet. — Der Geburtstag des Kronprinzen ist auch von Seiten des hiesigen Krieger-Vereins im Vereinslokale feilich begangen worden. Nachdem von Vereins im Herrn Bürgermeisters Seidel in einer Ansprache auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und auf Se. k. f. Hoheit toastet worden war, blieb der Verein unter Abführung verschiedener patriotischer Gesänge bis spät in die Nacht hinein recht fröhlich beisammen. — **Schrimm**, 22. Oktober. [Verbrecherbande. Kaiserbau.] In voriger Woche wurde der Rest einer großen Verbrecherbande, bestehend aus noch sechs Personen, in einer großen Gefängnis eingeliefert. Dieselbe rekrutierte sich aus der Gegend von Kions, namentlich aus Jatzewo-Haaland. Vollständig organisiert und gut bewaffnet besaßen diese Räuber einen Hauptmann, unter dessen Leitung dieselben in kurzer Zeit nicht weniger als zwölf größere Diebstähle ausführten. Leider fehlten der Bande in unserer Gegend die Schlupfwinkel der italienischen oder spanischen Gebirge, wogegen die nachwachsenden Augen unserer Sicherheitsbeamten auf längere Zeit um dem nachkommen weißt unser Gefängnis jetzt eine so umfangreiche Kiste von Verbrechern auf, daß darin wohl jede Spezialität vertreten sein dürfte. — Obgleich zum Bau einer Kaserne für ein Bataillon schon längst ein Platz gewählt und auch angekauft worden war, stellte die Zeit diesen Bau doch so in Frage, daß daran fast von Niemandem mehr geglaubt wurde. Vor einigen Tagen ging nun zu unserem großen Freude die Zeichnung zu dem qu. Baue, vom königlichen Kriegsministerium bestätigt, hier ein, und wird wohl nunmehr nach Beendigung der Vorarbeiten, welche immer noch eine schöne Zeit in Anspruch nehmen, mit dem Baue sofort begonnen werden. Wir dürfen wohl mit Recht sagen, daß durch die erfolgte Bestätigung unserer Stadt eine große Wohlthat erwiesen ist; gewahrt uns doch der Bau die Hoffnung, daß bei der jetzt immer mehr stattfindenden Konzentration der Truppen auch wir leicht noch mehr Militär bekommen können, und in diesem Falle auch die schon so oft geplante Sekundärbahn zwischen Schrimm und Schrimm endlich einmal erbauten. — Vom 1. November ab ist Herr Postassistent Heppner von hier an das Postamt Schroda versetzt. Wir verlieren in dem Abgehenden einen allgemein beliebten Mann, dem wir auch für seinen neuen Wirkungskreis nur das Beste wünschen können.

— **z. Pafsch**. [Sturm. Zuckerrabrik. Rübenerte. Sekundärbahn. Geschäftliches. Schleusenbau.] Der Sturm vom 21. d. Mts. hat auch in hiesiger Gegend viel Schaden an Gebäuden und Schaufelgebäuden angerichtet. Die Telegraphenverbindung nach Bromberg und Anomazlaw war unterbrochen. — Die hiesige Zuckerrabrik ist nunmehr im Bau wie auch in der Montage vollständig fertiggestellt, vor circa acht Tagen sind die Maschinen sämtlich probiert und für gut befunden worden; die vorgeschriebene Wasserdampfprobe an den 6 Dampfesseln hatte schon vorigen Monat stattgefunden und ebenfalls ein sehr günstiges Resultat ergeben. Zur Beschaffung des nötigen Wassers ist ein an 400 Meter langer Rohrstrom nach der Neke gelegt worden, welcher das zur Zuckerrabrikation sich sehr gut eignende Nekewasser in den Sammelbrunnen leitet. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die Fabrik am 1. November d. J. in Betrieb gesetzt werden. — Die Rübenerte ist in der Umgegend eine sehr günstige, sowohl in qualitativer wie quantitativer Hinsicht zu nennen, noch Aussage einiger Besitzer wurden 150 bis 170 Zentner pro Morgen geerntet. Täglich fahren lange Kolonnen von Rübenfuhrern durch die Stadt nach der Fabrik, außerdem werden noch mehrere große Prähme voll Rüben die Neke abwärts durch einen Dampfer in den Hafen bugirt und dort ausgeladen; wie verlautet, soll in diesen Tagen noch ein von der Fabrik angekaufter Dampfer hier eintreffen und den gegenwärtig arbeitenden ablösen. Bis jetzt dürften gegen 40,000 Zentner Rüben herangeschafft worden sein, also der zehnte Theil des gesammten für die Fabrik angebauten resp. geernteten Quantums, welches auf 400,000 Ktr. geschätzt wird. Die zum Rüben- und Kohlentransport bestimmte Sekundärbahn Umsee - Pafsch nähert sich ihrer Vollendung und dürfte in Kurzem betriebsfähig sein. Vorläufig wird dieselbe von der Zuckerrabrik für eigene Rechnung betrieben und ist daher Güter- und Personenverkehr ausgeschlossen, doch dürfte die Zeit wohl nicht zu fern sein, wo dieselbe dem allgemeinen Interesse dienbar gemacht sein wird. — Die Wahl unserer Gegend zum Bau einer Zuckerrabrik kann, wie allgemein angenommen wird, sowohl für Lektore als auch für unsere Stadt, nur von den segensreichsten Folgen begleitet sein; die hiesigen Bauhandwerker haben diesen Sommer vollauf Arbeit gehabt, die Kaufleute sehen sehr viel um und auch die Arbeiter haben zur Winterszeit, was nicht hoch genug anzuschlagen ist, lohnende und dauernde Beschäftigung in der Fabrik. Die Zuckerindustrie beginnt jetzt in Rußland zu prosperiren, die Fabrik in Umsee wird für verfloßene Kampagne trotz bedeutender Abschnürungen noch 70 pCt. Dividende vertheilen, ein Erfolg, der für die hiesige Fabrik, welche sehr billig gebaut hat und mit den neuesten und besten maschinellen Einrichtungen versehen ist, keineswegs unerreichbar ist. — Der Schleusenbau schreitet trotz der viele Schwierigkeiten bereitenden schlechten Bodenbeschaffenheit rüstig vorwärts und soll die Schleuse zum 1. Juli künftigen Jahres dem Schiffahrtsbetrieb übergeben werden.

— **Santer**, 22. Oktbr. [Geschenk. Sturm. Kartoffelpreise.] Der Vorsteher der hiesigen jüdischen Gemeinde, Kaufmann Nathan Wall und dessen Ehefrau haben aus Anlaß der Konfirmation ihres ältesten Sohnes der hiesigen Synagoge eine neu geschriebene Choravolle mit hübscher Bekleidung im Werthe von mehr als 500 M. zum Geschenk gemacht. Am vergangenen Sabbath wurde dieselbe mit außerordentlicher Feierlichkeit, wobei unser Rabbiner Dr. Löb eine hierzu bezügliche treffliche Rede hielt, nach der heiligen Bundeslade gebracht. Nach beendeten Gottesdienste gaben die Spender ihren Verwandten, Freunden und Gönnern ein splendides Frühstück. Es ist dies die dritte Choravolle, welche die hiesige Synagoge im laufenden Jahre zum Geschenk erhielt. — Auch hier und in der Umgegend hat der orkanähnliche Sturm, welcher sich gestern vor Tagesanbruch erhob und indem er nicht nur Bäume entwurzelte, Fensterheben in Menge zertrümmerte, ganze Ziegeldächer aufhob und zur Erde schleuberte, sondern auch ganze Gebäude, wie Scheunen und Häuser, zumal auf dem Lande, umwarf und zum Theil zertrümmerte. Reisende, welche aus weiter Ferne gestern Abend hier ankamen, berichteten, daß auch in entfernteren Gegenden unserer Monarchie der Sturm ähnliche Verwüstungen angerichtet habe. — Das Kartoffelgeschäft scheint wieder etwas flotter werden zu wollen. Im Laufe dieser Woche waren nämlich mehrere Kartoffeln aus Stettin und anderen Gegenden hier und boten den Besitzern schon 50 M. pro Wispel 13köpfiger Kartoffeln. Die Besitzer, hingegen, welche zum Frühjahr höhere Preise für ihre Kartoffeln erzielen gedenken, weigern sich überhaupt, schon gegenwärtig Verträge abzuschließen.

— **Neumischel**, 22. Okt. [Hundertjähriges Kirchensubiläum. Diamantene Hochzeit.] In unserem Städtchen hatten wir am 18. d. eine seltene Feier. Das hundertjährige Subiläum der hiesigen evangelischen Kirche, welche durch die im Laufe des Sommers ausgeführte Renovation ihres Innern und Außern zu ihrem Jubeltage eine stattliche Gewand angelegt hatte, wurde feilich begangen. General-Superintendent D. Geh und Regierungs-Präsident Wegner aus Posen, Graf zur Lippe auf Neudorf bei Bentschen, Mitglied des Synodals-Vorstandes des Kirchspiel-Karger Kirchenspreises, Superintendent Fricke aus Grätz, Superintendent Schöber aus Tirschtiegel und 20 Pastoren aus den Diözesen Birnbaum, Wollstein und Rarge waren zur Theilnahme an dem Feste erschienen. Früh gegen 8 Uhr wurde die Jubelfeier durch das Geläut sämtlicher Glocken und durch

Blasen mehrerer Choräle vor dem Gotteshause eingeleitet. Der Festgottesdienst, dem sämtliche Ehrengäste beizuhnten, nahm um 11 Uhr Vormittags seinen Anfang. Nachdem von der zahlreich zum Feste erschienenen Gemeinde — das Gotteshaus war bis zum letzten Platz gefüllt — das Kirchenlied: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr'“ gesungen worden, hielt Herr Pastor Schröter aus Bentschen die Liturgie, bei welcher die Gesänge durch den hiesigen Männergesangsverein „Lieber-tafel“ unter Leitung seines Dirigenten, des Kantors Herrn Neumann hieselbst ausgeführt wurden. Nach Vortrag des 150. Psalms durch denselben Gesangsverein und nach dem Gesange des Hauptliedes: „Halleluja! Lob, Preis und Ehr'“ hielt Pastor Schmidt hiesorts die Festpredigt über denselben Text, welcher der Predigt bei der Einweihung des Gotteshauses am 15. Oktober 1780 zum Grunde lag. Hierauf sprach Herr General-Superintendent D. Geh aus Posen vom Altare aus in längerer sehr beifällig aufgenommenen Rede zu der Gemeinde über die Bedeutung des heutigen Festtages. Nachdem der Herr General-Superintendent noch ein Gebet gesprochen und der Gemeinde den Segen erteilt hatte, schloß die kirchliche Feier des Jubelfestes mit dem Gesange des Liedes: „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren.“ An das Subiläum der Kirche schloß sich noch ein zweites Jubelfest. Die Ausgedingten Georg Friedrich und Anna Dorothea Steinischen Eheleute aus Santop, welche im Alter von einigen 80 Jahren stehen, feierten heute das Fest ihrer diamantenen Hochzeit. Das Jubelpaar, das vor dem Altar Platz genommen hatte, wurde in Gegenwart der Festgäste und der versammelten Gemeinde durch den Herrn Superintendenten Schöber aus Tirschtiegel eingeseget. Ein Gesang der Kirchengemeinde beendete den Gottesdienst. Nachmittags 2 Uhr fand im Saale des Schützenhauses ein Festdiner statt, an welchem außer den Ehrengästen die Mitglieder des Gemeinde-Kirchenraths und der Gemeindevertretung, Herr Landrath Zacharia, Herr Major und Bezirkskommandeur v. Hippel, sowie mehrere sonstige Mitglieder der Kirchengemeinde aus der Stadt und vom Lande — im Ganzen gegen 70 Personen — theilnahmen. Von dem Herrn General-Superintendenten D. Geh wurde ein Toast auf Se. Majestät den Kaiser, und von dem Herrn Regierungs-Präsidenten Wegner ein Hoch auf Se. kaiserliche und königliche Hohheit den Kronprinzen, welcher heute seinen Geburtstag beging, ausgebracht, während von den übrigen Teilnehmern der Herr General-Superintendent D. Geh, der Herr Regierungs-Präsident Wegner, die übrigen Ehrengäste z. in Toasten gefeiert wurden. Mit Anbruch des Abends war das Festmahl beendet. — Ueber die Entstehung der Kirche hieselbst läßt sich Folgendes mittheilen: Die evangelischen Deutschen, welche zur Zeit der Republik Polen aus Schlesien und der Mark Brandenburg in der hiesigen Gegend sich ansiedelten, erwarben von polnischen Großgrundbesitzern Ländereien, die zum größten Theile mit Wald bestanden waren und deshalb, um sie urbar zu machen, erst abgeholzt — abgebaut — werden mußten, weshalb man die Ansiedler Hauländer-Beitzer des abgebaute Landes —, welcher Namen sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat, nannte. Um ihre kirchlichen Bedürfnisse zu befriedigen, mußten sich dieselben bis nach Chaslawa bei Bentschen — die Kirche daselbst ist über dreihundert Jahre alt — begeben, woselbst sie so lange eingepfarrt blieben, bis es ihnen vor hundert Jahren durch die Güte des edelgesinnten polnisch-katholischen Grundherrn, des Rittergutsbesizers v. Solbrystski auf Alt- und Wytomischel, welcher zur Errichtung eines evangelischen Gotteshauses nicht nur ein Grundstück unentgeltlich hergab, sondern auch den Bau durch sehr bedeutende Geldunterstützungen förderte, möglich wurde, eine eigene Kirche zu erbauen. Im Späthommer des Jahres 1780 war dieselbe soweit vollendet, daß am 15. Oktober die feierliche Einweihung und die Uebergabe derselben an die Evangelischen in den Landgemeinden Paprotzki, Glinau, Scherlanke, Zinskowo, Santop, Neurose, Glashütte und Bobrowsko stattfinden konnte. In der hiesigen Pargemeinde, welche gegenwärtig ca. 7000 Seelen umfaßt, haben während ihres hundertjährigen Bestehens 7 Geistliche und 4 Kantoren amtirt. Herr Pastor Schmidt, der gegenwärtige Inhaber des Pfarramts, wirt hiesorts seit dem Jahre 1869 und Kantor Neumann hieselbst verwaltet bereits 38 Jahre lang, seit dem Jahre 1842, das Kantorat an der hiesigen evangelischen Kirche.

— **r. Wollstein**, 23. Oktober. [Hopfen. Geschenk. Geschworene und Schöffen. Jagdscheine.] Seit einigen Tagen ist auch bei uns wieder ein sehr reges Leben im Hopfengeschäft zu bemerken, und wenn auch die Preise nur ganz unwesentlich angezogen haben, so wird doch zur Zeit nicht nur gute Waare sondern auch Mittelwaare von hiesigen Kommissionären sowohl, als auch von den Händlern gekauft. Die Preise stellten sich in den letzten Tagen je nach Qualität zwischen 60 und 80 M. — Herr Propst v. Gajewski hat der hiesigen katholischen Kirche ein überaus kostbares Altarbild, die heilige Familie darstellend, zum Geschenk gemacht. Dasselbe soll in Rom von einem namhaften Künstler angefertigt worden sein. — Für das Geschäftsjahr 1881 sind für den hiesigen Amtsgerichtsbezirk designirt 65 Geschworene, 16 Hauptschöffen und 12 Hülfschöffen. — Bis jetzt sind bereits 161 Jagdscheine vom hiesigen königl. Landrathsamte erteilt worden.

— **Schlesien**, 24. Oktober. [Dankagung. Kartoffelernte.] Dem hiesigen königl. Landrathsamt ist von dem General-Lieutenant und Kommandeur der 10. Division, v. Alvensleben, folgendes Schreiben zugegangen: „Dem königl. Landrathsamte beehre ich mich nach Beendigung der diesjährigen Herbstmanöver ganz ergebenst mitzutheilen, daß ich nach den übereinstimmenden Neußerungen der mir unterstellt gewesenen Stäbe und Truppentheile die Aufnahme, welche dieselben in dem dortigen Kreise während der diesjährigen Manöver gefunden haben, trotz der zum Theil bedeutenden Ueberschreitung der Belegungsfähigkeit, eine fast durchweg befriedigende und zum Theil recht gute gewesen ist. Wohlhabende bitte ich daher ebenmäßig, den Vorständen der beteiligten Städte und Gemeinden, sowie den einzelnen Quartiergebern, meinen und der Truppen ergebensten Dank hierfür in derbsteis geeignet erscheinender Weise aussprechen lassen zu wollen.“ — Mehrere der größeren Besitzer aus der hiesigen Umgegend haben bis jetzt noch nicht ihre Kartoffelernte beendet, und können dieselben, wenn der Frost so anhält, wie es gestern und heute Nacht gewesen, leicht noch den Rest ihrer Ernte verlieren.

— **z. Tirschtiegel**, 24. Oktober. [Sturm. Schäden. Kreis-Synode.] Der große Sturm, welcher am Donnerstage voriger Woche herrschte, hat in unserer Stadt an Dächern, Zäunen und Bäumen großen Schaden angerichtet. Aus der hiesigen, 98 Jahre alten evangelischen Kirche, hob er ein Fenster mit 72 Scheiben aus und zertrümmerte dasselbe in ganz kleine Stücken, so daß ein vollständig neues Fenster angefertigt und eingesetzt werden muß. Ebenso beschädigte derselbe die in der Nähe des See's stehenden Windmühlen auch ziemlich erheblich. — Am 20. d. M. fand in Bentschen unter Vorsitz des hiesigen Superintendenten Schöber die Kreis-Synode der Diözese Rarge statt. Nach der Neuwahl des Vorstandes, Wahl der Abgeordneten zur Provinzial-Synode und Bericht des Rechnungsausschusses wurde über die von den kirchlichen Behörden vorgeschlagenen Gegenstände, betreffend die Mitwirkung der Kirche beim Vormundschaftsweisen und betreffend die Gewinnung der der Kirche entzogenen Gemeindeglieder, namentlich aus den gebildeten Ständen, verhandelt. Auch trug der Vorsitzende den jährlichen Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände in den Gemeinden der Diözese vor.

— **z. Pissa**, 24. Oktober. [Stiftungsfest der humoristischen Musikgesellschaft „Brumme“.] Wir hatten gestern Gelegenheit, im Kaiserhof einer Festlichkeit beizuhnten, welche, nach untrüglichen Anzeichen zu schließen, alle Anwesenden in hohem Grade befriedigt hat. Die „Brumme“ feierte gestern ihr viertes Stiftungsfest und hatte ein sehr reichhaltiges, gediegenes Programm entworfen, um diesen Abend allen Teilnehmern zu einem der angenehmsten zu machen. Die Feier wurde mit Aufführungen des Brummevereins mit vollem

Orchester eröffnet und wurden fünf Piecen in fast vollendeter Weise zum Vortrag gebracht. Man sah und hörte es den Musikern und den Brummebrüdern, welche letztere wieder die prästigen Utensilien, wie Stiefelhefte, Stiche, Richter, riesige Medaillen etc. etc. als Instrumente verwendeten, wohl an, daß sie unter der trefflichen Leitung ihres Dirigenten, Herrn Stadtsekretär Peifer, seit der letzten Aufführung wieder riesige Fortschritte gemacht hatten. Nach einer Pause wurde als zweiter Theil, die Aufführung der einaktigen Operette „Guten Morgen, Herr Fischer!“ nach Dreyer von W. Friedrich, Musik von E. Stiegemann, unter Leitung des Vereinsdirigenten unter dem größten Beifall der Festteilnehmer vom Stapel gelassen. Diese Aufführung kann als eine höchst gelungene bezeichnet werden; dem Vereine und seinem Dirigenten wird der damit erreichte außerordentliche Erfolg gewiß eine Aufmunterung sein, auf diesem schönen Wege auszuweichen und weiter zu schreiten. Der schöne, große Theatersaal wurde alsdann in einen Ballsaal umgewandelt und ein Tanzfränzchen arrangirt.

— **Franstadt**, 24. Oktober. [Stiftungsfest. Verlegung. Schneefall und Kälte.] Der hiesige freiwillige Feuerwehrverein feierte am Freitag sein 25jähriges Stiftungsfest in Riche's Hotel. Die Betheiligung an demselben war eine sehr große. In Anbetracht seiner Verdienste um den Verein wurde von den Mitgliedern desselben Herrn Branddirektor Benno Cleemann ein prachtvoller Ehrenhelm nebst Degen gespendet. Das Fest selbst verlief in der glänzendsten Weise und verjagte alle Teilnehmer in die freudigste Stimmung. — Amtsgerichtsath Runkel, welcher bereits seit 12 Jahren hiesorts amtirt, wird mit dem 1. Dezember cr. nach Rastow versetzt. — Der Winter hat uns plötzlich überrascht. Gestern hatten wir den ganzen Tag über starken Schneefall und heute Morgen 5 Grad Kälte.

— **u. Rastow**, 24. Oktober. [Aus dem städtischen Verwaltungsberichte.] Um das Verkehrs- und Fortschaffungsweisen zu fördern und erleichtern, erscheint hier wöchentlich zweimal ein Kreisblatt. Dasselbe hat sich in der Berichtsperiode erhalten, obwohl ihm die früher aus Kreismitteln gewährte Subvention infolge eines von polnischen Mitgliedern herbeigeführten Kreisratsbeschlusses entzogen worden ist. — Zwanzig Droschken vermitteln den Verkehr nach dem Bahnhofe und innerhalb der Stadt und der Umgegend. Dieselben sind einem Droschenreglement unterworfen. Innerhalb der Stadt wird durch konfessionirte Padträger die Beförderung von Paketen Waaren und Möbeln besorgt. Zwei größere Expeditions-Geschäfte besorgen den Gütertransport. Ein regelmäßiger Frachtverkehr wird von fünf Frachtfuhrwerken nach Breslau und Lissa ausgeführt. Auf der hiesigen Station der Oberschlesischen Eisenbahn hat sich der Personenverkehr sowohl in Bezug auf Ein- als auch auf Ausgang bedeutend verringert, indem 1879 68,110 Personen ein- und 63,575 ausgegangen sind, während 1878 der Eingang 70,165 und der Ausgang 64,617 betrug. Dagegen hat der Güterverkehr zugenommen. 1879 sind 44,283 Zentner in Ein- und 23,396 Ztr. in Ausgang nachgewiesen, während 1878 nur 40,635 Ztr. ein- und 18,000 Ztr. ausgeführt wurden. — Die Geschäfte der hiesigen kaiserlichen Post- und Telegraphen-Verwaltung befinden sich in einer fortwährenden Zunahme. Dieselben haben betragen: An Briefen, Postpaketen und Kreuzbandsendungen sind eingegangen 1876: 344,000, 1877: 352,900, 1878: 354,900, 1879: 373,374; dagegen ausgegangen a) 314,316, b) 319,500, c) 332,632, d) 348,570. An Paketen und Werthsendungen sind eingegangen: a) 37,100, b) 39,348, c) 40,000, d) 39,996 und ausgegangen: a) 37,300, b) 37,864, c) 43,500, d) 42,050 Stück. An Postanweisungen sind eingekassiert: a) 978,453, b) 1,090,419, c) 1,159,029, d) 1,287,171 und ausgezahlt: a) 10,002,740, b) 1,047,829, c) 1,077,484, d) 1,164,711 Mark. Ein Telegrammen sind aufgegeben: a) 5886, b) 5201, c) 5569, d) 5846, eingegangen: a) 5266, b) 4682, c) 5226, d) 6334 und eingearbeitet sind: a) 1646, b) 2600, c) 5363, d) 7418 Stück. Die Zahl der Postreisenden betrug: a) 1799, b) 1483, c) 1192 und d) 1085. Die Zahl der Postbeamten ist von 24 auf 27 gestiegen. Das königliche Steueramt beschäftigt 6 Beamte. — Die Tagelohnsätze sind in der Berichtsperiode dieselben geblieben wie früher. Es verdient ein männlicher Arbeiter im Sommer durchschnittlich 1,50 M., im Winter 1 M., ein weiblicher 60 resp. 40 Pf. Die Zahl der Arbeiter hat sich bedeutend vermehrt, indem aus den polnischen Ortschaften viele zugezogen sind. Da dieselben größtentheils den ärmeren Klassen angehören, viele Kinder haben und nur nothdürftig der deutschen Sprache mächtig sind, so gereicht diese Vermehrung der Stadt nicht zum Segen.

— **S. aus dem Kreise Kröben**, 22. Oktober. [Jahrmärkte. Stiftung.] Es ist für das handelsreibende Publikum ein großer Uebelstand, wenn Jahrmärkte von nahe bei einander liegenden Städten auf einen und denselben Tag treffen. Es wird dadurch nicht nur der Jahrmärkteverkehr der betreffenden Städte, sondern auch das Interesse der Händler, welche unmöglich gleichzeitig zwei Jahrmärkte besuchen können, geschädigt. So treffen z. B. auf den 26. d. M. die Jahrmärkte zu Görchen, Adelnau und Borel auf den 14. Juni f. J., die zu Sandberg und Sulmierz auf den 29. Novbr. f. J., die zu Dubin und Roblin (zwei nur 1 1/2 M. von einander entfernte Städte), alles Märkte, welche von den Händlern hiesiger Gegend bezogen werden. — Anlässlich des in voriger Woche stattgefundenen Amtsubiläums des Landraths des benachbarten Gubrauer Kreises wurde dem Subilar zum dankbaren und dauernden Andenken u. A. die Stiftungsurkunde über ein zu errichtendes Siechenhaus, das den Namen „Landrath v. Gögler Stiftung“ tragen soll, überreicht. Der Kreistag hatte zu derselben 6000 Mk. bewilligt, während durch freiwillige Beiträge im genannten Kreise die respectable Summe von 14,000 Mark. zusammengebracht worden war.

— **X. Gnesen**, 25. Oktober. [Jahrmarkt. Ausgebrochen.] Gewöhnlich nehmen die Herbstjahrmärkte hier keinen großen Umfang an, doch diesmal fand eine merkwürdige Abweichung von der Regel statt. Sowohl Verkäufer wie Käufer hatten sich in großer Zahl eingefunden. Auf dem reichbesetzten Pferdemarkt bot sich die größte Auswahl zu verhältnismäßig billigen Preisen. Auch auf dem Viehmarkt konnte man die Wahrnehmung machen, daß die Kaufpreise gegen früher bedeutend herabgesetzt waren. Vielfach hörte man die Klage, es müsse verkauft werden, da das Futter knapp sei. Dagegen waren Schweine nur für schweres Geld zu erhalten. — Gestern in der Abendstunde brach ein Untersuchungsgefänger aus dem hiesigen Landgerichtsfängnis aus und entwich, ehe der vor dem Gebäude stationirte Posten den Ausreißer kan seinem Vorhaben verhindern konnte. Der Durchbrecher hatte vor wenigen Wochen die Militärkasse bei dem stellvertretenden Bataillonskommandeur Herrn Major Sch. beim hiesigen Regiment bestohlen, während er als Bursche bei Herrn Sch. diente. Die Verfolgung wurde sofort ins Werk gesetzt und hatte die baldige Wiederergreifung zur Folge.

Landwirthschaftliches.

— **Die russische Ernte.** Nach den jetzt aus Rußland vorliegenden, amtlich erstatteten Berichten ist eine durchgängig befriedigende Ernte an Winter- und Sommerkorn nur in 11 Gouvernements zu finden, d. h. das Sommerkorn ist überall da gut gerathen, wo die Winterkornfelder gut standen, nämlich in Archangel'sk, Wolgoda, Wolhynien, Grodno, Kowno, Kiew, Kielez, Komsha, Minsk, Radom und Siedles. Acht Gouvernements haben in einzelnen Kreisen gleichzeitig befriedigendes Sommer- und Winterkorn, 6 bloß Winter- und 10 bloß Sommergetreide in genügender Menge. Die Miskerne ist eine vollständige in den Gouvernements Samara und Jekaterinoslaw und in etlichen Kreisen von Saratow, Simbirsk, Kursk, Poltawa, Taurien und Tambow; während das Winterkorn allein misbrathen ist in zusammen 20 Kreisen der Gouvernements Nowgorod, Pskow, Tschernigoff, Smolensk, Pensa und St. Petersburg, sowie in ganz Cherson, ist ein ungenügender Ausfall der Sommerernte allein zu verzeichnen in je zwei Kreisen von Suwalki und Tula. Alle im Obigen nicht genannten Gouvernements und Kreise haben eine Ernte, welche die offiziellen Berichte

entweder „theils befriedigend, theils mittelmäßig oder nur mittelmäßig“ nennen.

Aus dem Gerichtssaal.

—r. Wolkstein, 25. Oktober. [Schöffengericht. Verurtheilungen.] Am 20. d. M. stand die unverheiratete R. aus Ratib vor den Schranken des Schöffengerichts, angeklagt, den Hund des Käsefabrikanten Baumüller daselbst gestohlen und geschlachtet zu haben. Dieselbe wurde auch in Folge der sehr belastenden Zeugnisaussagen zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Es haben indeß kurz nach der Verurtheilung der R. 2 Arbeitsleute vor Zeugen ausgesagt, daß einer von ihnen den betreffenden Hund, weil er ihn angefallen hatte, mit der Sichel, die er mit sich geführt hat, getödtet und der andere ihn alsdann mit sich in seine Wohnung genommen hat. Die Verurtheilte hat auch sofort in Folge dessen gegen die ihr auferlegte Strafe Berufung eingelegt. — Der Eigenthümer Heinze aus Altkloster, der hier wegen vielfacher Brandstiftung längere Zeit in Untersuchungshaft sich befunden, ist am 22. d. M. vom Schwurgericht zu Meßeritz zu 12 Jahren Zuchthaus und 10jähriger Polizeiaufsicht verurtheilt worden. Der Dachdeckerhelfe Jaenich aus Ratib, der, wie ich seiner Zeit berichtet, seiner Nichte, weil sie ihm seine Liebe nicht erwidern wollte, viele Messerstücke beigebracht, wurde einige Tage früher zu 4 Jahren Gefängnis verurtheilt.

* Zur Interpretation der §§ 142 und 143 Allgemeinen Landrechts Th. I. Tit. 8, Lichtrecht betreffend, hat das Reichsgericht am 8. April d. J. eine Entscheidung getroffen, welcher mit Folgendes entnehmen: „Nachdem im § 141 a. a. O. verordnet ist, daß in der Regel Jeder auf seinem Grund und Boden so nahe an der Grenze und so hoch bauen kann, als er will, bestimmen: § 142. Sind jedoch die Fenster des Nachbarn, vor welchen gebaut werden soll, schon seit zehn Jahren oder länger vorhanden und die Verhältnisse, wo sie sich befinden, haben nur von dieser Seite her Licht, so muß der neue Bau soweit zurücktreten, daß der Nachbar noch aus den ungeöffneten Fenstern des unteren Stockwerks den Himmel erblicken könne. § 143. Hat in diesem Falle das Gebäude des Nachbarn, in welchem die Fenster sich befinden, noch von einer anderen Seite Licht, so ist es genug, wenn der neue Bau nur so weit zurücktritt, daß der Nachbar aus den ungeöffneten Fenstern des zweiten Stockwerks den Himmel sehen könne. § 144. Sind aber die Fenster des Nachbarn, vor welchen gebaut werden soll, noch nicht zehn Jahre vorhanden, so ist der Bauende bloß an die im § 139 bestimmte Entfernung gebunden. Es kommt wesentlich darauf an, wie die Worte des § 143 „in diesem Falle“ und „Gebäude“ zu verstehen sind. Die richtige Bedeutung ergibt sich nur bei Zusammenhaltung der gedachten drei Paragraphen. Danach behandeln die §§ 142 und 143 den Fall, wenn die Fenster des Nachbarn schon seit mindestens zehn Jahren vorhanden, der § 144 aber den Fall, wenn sie noch nicht so lange vorhanden sind. An den Hauptbedingungsatz in den §§ 142 und 143 hinsichtlich der Dauer der Fensteranlage schließen sich untercheidend die Gegensätze: a im § 142: wenn die Verhältnisse, wo sich die Fenster befinden, nur von dieser Seite her Licht haben; b im § 143: wenn das Gebäude, in welchem sich die Fenster befinden, noch von einer anderen Seite Licht hat. Der Vergleich ist nicht beizustimmen, daß die Worte des § 143 „in diesem Falle“ sich auch auf den Unterbedingungsatz a. erstrecken. Es muß vielmehr mit dem früheren preussischen Ober-Tribunal, Entscheidungen Band 45 Seite 68, verneint werden, ohne daß die dortige Annahme einer inoffiziellen Fassung des § 143 geboten ist. Die Beschwerde legt ferner ohne zureichenden Grund besonderes Gewicht darauf, daß im § 142 von „Verhältnissen“ und im § 143 von „Gebäude“ die Rede ist. Ihrer Folgerung, daß die Anwendung des § 143 nicht gerechtfertigt wird, wenn die Verhältnisse noch von einer anderen Seite Licht haben, sondern daß es darauf ankomme, ob das Gebäude überhaupt von einer anderen Seite Licht empfangt, läßt sich nicht beitreten. Es erscheint im Wesentlichen richtig, das Wort „Gebäude“ als gleichbedeutend mit „Verhältnissen“ aufzufassen. Man braucht aber nicht bis zu der Annahme zu gehen, daß im § 143 der Ausdruck „Gebäude“ ohne besonderen Grund oder gar irrig gewählt sei. Denn der § 142 setzt voraus, daß die Verhältnisse, vor denen gebaut werden soll, nur von der Baufseite durch Fenster unmittelbar Licht erhalten. Der § 143 aber betrifft den Fall, wenn die Verhältnisse auch von einer anderen Seite Licht haben, ohne daß es prinzipiell von Erheblichkeit ist, ob das Licht, falls es ein genügendes, dem Raume gerade durch Fenster, ob es unmittelbar oder nur mittelbar zugeführt wird. Da bei der Beurtheilung in dieser Hinsicht unter Umständen die Konstruktion des ganzen Gebäudes, nicht bloß der einzelnen Theile, in Betracht gezogen werden muß, so erscheint es vollkommen entsprechend, daß hier statt des ohnedies nur uneigentlichen Ausdruckes „Verhältnisse“ das Wort „Gebäude“ steht. Endlich läßt es sich auch nicht für zutreffend erachten, wenn die Beschwerde ihre abweichende Auslegung auf die Absicht des Gesetzes stützt. Allerdings soll verhindert werden, daß Gebäude bezw. Räume, welche bisher Licht hatten, durch Vorbau ganz unbrauchbar gemacht werden. Auch sind die den Lichtschutz bezweckenden Vorschriften nicht ausdehnend zu erklären, weil sie die aus dem Eigenthum des Nachbarn fließende Beschränkung zum Bauen einschränken. Dadurch rechtfertigt sich aber nicht eine Auslegung, eine Art der Unterscheidung, welche hinsichtlich der Frage einer anderen Lichtseite von den durch Vorbau herbeizuführenden einzelnen Verhältnissen und deren möglicher gänzlicher Unbrauchbarkeit abhebt — mit dem Sinne der positiven Bestimmungen des Gesetzes in Widerspruch tritt. Die Beschwerde ist also, soweit sie die in den beiden sogenannten Rechtsgründen niedergelegte Auslegung geltend macht, und ausschließliches Gewicht darauf legt, ob in einer anderen Front des Gebäudes der Nachbarn Fenster vorhanden, ob dasselbe von einer anderen Seite Licht hat, zu verwerfen. Dagegen erscheint die Rüge begründet, daß der Appellrichter den § 143 a. a. O. durch die Ausführung verlege: die Thüröffnung, durch welche zur Zeit der Einnahme des Augenscheins aus dem nach vorn gelegenen Laden in das tragliche Hinterzimmer Licht eingebracht, komme nicht in Betracht, da das im § 143 gedachte Licht ein solches sei, welches durch Oeffnungen oder Fenster in einer unmittelbar an das freie stehenden Wand eingelassen werde, nicht bloß ein solches, welches aus einem Vorgemache durch eine Thür falle. Es ist bereits oben hervorgehoben, daß im Falle des § 143 eine unmittelbare Lichtzuführung von der anderen Seite nicht erforderlich, sondern es nur wesentlich erscheint, daß das von der anderen Seite zufließende Licht ein hinreichendes ist, d. h. genügt, um dem Raume bezw. Verhältnissen die für seinen Gebrauch notwendige Helligkeit zu gewähren. Die vom zweiten Richter bezogenen Erkenntnisse erster und zweiter Instanz im schlesischen Archiv stützen ihre abweichende Ansicht besonders auf den § 137 Titel 8 a. a. O. Dieser spricht aber von dem anderen Falle, wenn ein Eigenthümer Licht in sein Gebäude bringen will. Hier handelt es sich um eine Verhinderung der Entziehung des vorhandenen Lichts, wobei der bauende Nachbar nicht weiter eingeschränkt werden darf, als es das Gesetz für die Brauchbarkeit des im Lichtrechte befindlichen Gebäudes erfordert. Ob ein Raum von der anderen Seite hinreichendes Licht hat, ist im einzelnen Falle thatsächlich zu prüfen.“

Staats- und Volkswirtschaft.

—Dresden, 23. Oktober. [Produkten-Bericht von Wallerstein und Maltersdorf.] Auch das dieswöchentliche Geschäft zeigte die reservirte Haltung unserer Konsumenten, wozu namentlich die nicht unbedeutenden Schwankungen der maßgebenden Preise in ihren Notirungen beitrugen. Das Weizenangebot in seinen wie in mittleren Qualitäten blieb ein gleich starkes und dringendes und mußten Cigner, um Baaren zu placiren, ihre Forderungen ermäßigen, obgleich an den Bezugsquellen die Preise sich täglich erhöhen. Roggen bleibt gesucht und ist die Auswahl in diesem Artikel keine große. —

In seiner Geste wurde Einiges gehandelt und erfreute sich diese regerer Beachtung.

Wir notiren: Weizen weiß 230—242 Mark, do. gelb 215—230 Mark, ungarisch 220—235 Mark. Roggen inländisch, trocken 222—226 M., galizisch, russisch 210—220 M. Gerste inländ. 170—180 Mark, do. böhmisch, mährisch 180—200 M., do. Futterwaare 130—145 Mark. Hafer inländisch 138—148 Mark, do. alter 155—165 M. Mais amerikanisch 142—145 Mark, do. rumänisch 150—160 M., per 1000 Kilo netto.

—Nürnberg, 23. Oktober. [Hopfenmarktbericht von Leopold Held.] Seit vorgestern sind die Zufuhren sehr klein und hat sich das Geschäft während dieser Zeit nicht verändert. Die Bedarfsfrage, namentlich für Rundschaft, ist sehr rege und konnte wegen Mangel an entsprechender Waare, nur theilweise befriedigt werden. Umfaß seit Donnerstag ca. 1800 Ballen. Tendenz des Marktes fest. Die Notirungen lauten:

Marktwaare	prima	mittel	gering
Wischgründer	Mk. 50—60	Mk. 40—48	Mk. 30—40
Wischgründer	55—65	45—55	35—40
Wischgründer	65—75	50—60	40—50
Wischgründer	80—90	55—65	35—40
Wischgründer	70—85	50—60	35—40
Wischgründer	85—100	55—65	—
Wischgründer	80—90	50—65	35—45

Pernisches.

* Ueber den Selbstmord der deutschen Schriftstellerin Elise Einhardt in Rom sind dem „B. Tgl.“ folgende vom 21. d. datirte Mittheilungen zugegangen: Ueber das tragische Ende der Schriftstellerin Frau Einhardt habe ich in Erfahrung bringen können, daß dieselbe sich plötzlich entschlossen zu haben scheint, ihrem Leben ein Ziel zu setzen. Leute, die sie noch vorgestern gesprochen haben, fanden nichts Verstöres in ihrem Wesen. Erst gestern dürfte sie Rom, wo sie sich erst seit dem 16. d. M. aufhielt, verlassen haben, um in Civitavecchia im Meere den Tod zu suchen. Heute Morgen traf bei einem hiesigen Geschäftsmanne, an den die Dame empfohlen war, ein Brief von ihr ohne Datum und Ortsangabe, mit dem Poststempel Civitavecchia versehen, ein, in welchem sie mittheilte, daß sie sich für kurze Zeit von Rom entfernt habe und bitte, falls ein Geldbrief von der Sparasse in Innsbruck für sie eintreffen sollte, denselben an das österreichische Konsulat auszulassen. Fast gleichzeitig mit dem Briefe aus Civitavecchia traf der Geldbrief ein. Einige Stunden später erschien bei dem Abreissaten ein Beamter des österreichischen Konsulats mit der telegraphischen Meldung aus Civitavecchia, daß Frau Elise Einhardt sich im Meere ertränkt habe und ihre Leiche bereits aufgefunden sei. Da der letzte Brief nach Rom erst gestern Abend von Civitavecchia abging, so ist anzunehmen, daß der Selbstmord entweder gestern Abend oder heute Morgen erfolgte. An den Bürgermeister von Civitavecchia hatte die Verstorbene ein Schreiben gerichtet, in welchem sie die Art ihrer Bestattung anordnet. Frau Einhardt traf, wie gesagt, am 16. in Rom ein, nachdem sie von Brigen einen langen Brief an den oben erwähnten Geschäftsmann gerichtet hatte, der am 15. in Rom bestellt wurde. Bei ihrer Ankunft war ihr der Herr behilflich, eine Wohnung in einer Pension, „Unione“ auf dem Platze am Monte Citorio, gerade dem Parlament gegenüber, zu verschaffen. In einer Buchhandlung erwarb sie noch am Vortage ihres Todes den Romführer von Gell-Wechs. Den vorigen Winter hatte Frau Einhardt, die von ihrem Manne geschieden sein soll, in Florenz verbracht. Sie beschäftigte sich dort mit schriftstellerischen Arbeiten. Unter anderm schrieb sie Feuilletons für eine Wiener Zeitung. Jetzt wollte sie sich ganz hier niederlassen. Sie war, wie hier verlautet, auch Mitarbeiterin der „Berliner Modernwelt“ (Zipperheide). Bei Merodis in Wien und bei Costenoble in Venedig erschienen Romane und Novellen von ihr. Frau Einhardt mochte wohl 35 Jahre alt sein. Ueber die Ursache, welche sie plötzlich zum Selbstmorde trieb, weiß hier zur Stunde Niemand Auskunft zu geben.

* Die Baukosten des neuen Joachimsthal'schen Gymnasiums in Berlin belaufen sich auf ca. 3.000.000 M. Die Kosten der Schul- und Hausverwaltung, die im Jahre 1878 auf 238.000 M. veranschlagt worden sind, werden aus den Einkünften der Anstalt bestritten. Diese bestehen aus den Ueberschüssen der Schulgüter Joachimsthal, Seehausen, Neudorf, Platenburg und Dambek, aus den Mieten der städtischen Grundstücke, den Zinsen von ausgeliehenen Kapitalien, aus Staatszuschüssen und aus dem Schul-, Haus- und Pensionsgeld. — Den Kern der Anstalt bildet das Alumnat, in welchem 120 Stellen und zwar 25 in der 3. Alumnatsklasse, 75 in der 2. und 20 in der 1. vorhanden sind. In dasselbe können aufgenommen werden die Söhne der geistlichen und weltlichen Beamten des preussischen Staates und außerdem die in der Kur- oder Neumark geborenen Söhne königlicher Unterthanen, welche nicht Beamte sind. Neben diesen 120 Stellen sind sechs für Söhne von preussischen Unterthanen polnischer Abkunft bestimmt, welche sich dem Studium der evangelischen Theologie widmen wollen. Die Aufnahme ins Alumnat erfolgt nicht vor dem 13. Lebensjahre des Aufzunehmenden. Derselbe muß mindestens die Reife für die Unter-Tertia eines Gymnasiums erlangt haben. Die Aufnahme nach dem 15. Lebensjahre erfolgt nur, wenn die geistige Entwicklung des Aufzunehmenden seinem Alter angemessen befunden wird. Die Alumnen erhalten Unterricht, Wohnung, Heizung, Licht und vollständige Beköstigung für Rechnung der Anstalt; für Kleidung, Wäsche, Bücher und andere Bedürfnisse hat jeder Alumnus selbst zu sorgen. In der 3. Alumnatsklasse zahlt jeder Alumnus 200 und in der 2. 120 Mark Hausgeld, während die 1. Klasse von Zahlung desselben befreit ist. Außer den Alumnen werden auch 50 Pensionäre evangelischen Glaubens in die Anstalt aufgenommen. Die Pension beträgt mit Einschluß des Schulgeldes jährlich 800 Mark.

* Ueber das Grubenunglück, von welchem wir bereits eine kurze telegraphische Meldung aus Dortmund brachten, erzählt die „Westf. Z.“ nunmehr folgende Einzelheiten: Auf dem Schachte Arnold der Zeche „Heinrich Gustav“ des harpener Bergbau- und Gütervereins, welche im Revier Bochum gelegen ist, fand während der Nachmittagschicht am 20. d. M. in der weissen Förderstrecke im Flöz 12 auf dem Niveau der 6. Baufohle, welche bei 300 Meter Tiefe angelegt ist, eine Explosion schlagender Wetter statt. Das Unglück hat sich demnach bereits vor drei Tagen ereignet, aber merkwürdigerweise hat kein Bochumer noch irgend ein anderes Blatt darüber eine Mittheilung gebracht. Auch das dortmunder Oberbergamt soll, wie man hört, erst am 22. d. M. davon benachrichtigt sein. — Die Zeche „Heinrich Gustav“ hat eine durchaus regelmäßige Ventilation, und die zwischen der Hauptförderstrecke und der zur Wetterführung dienenden Parallelstrecke angelegten Ueberhauen sind sehr sorgfältig gehalten. Der letzte derartige Durchbruch befand sich 30 Meter vor Ort. Während die Zeche sonst stets wetterfrei war, wurde vor etwa drei Wochen ein Wetterbläser angeschossen, und seitens der Verwaltung der Zeche daraufhin sofort das Schießen verboten. Um die Pauer für den durch das Verbot der Schießarbeit entstehenden Ausfall an Verdienst zu entschädigen, wurde ihnen das Bedinge erhöht. Nichtsdestoweniger müssen die beiden Pauer, welche damit beschäftigt waren, den Ort weiter zu Felde zu bringen, einen Schub weggehen haben. Ein Arbeiter will dies bemerkt und sie ausdrücklich gewarnt haben. Der Schub brachte jedenfalls die angesammelten Wetter zur Entzündung, und die beiden Pauer fanden ihren Tod. Man fand ihre Leichen später an der Schichtkiste vor. Außer ihnen ersticken in dem Nachschwaden ein Pauer, welcher vor dem Parallellort arbeitete und sich durch die Flucht retten wollte, und ein Pauer aus dem Abbaubetriebe. Zwei Andere, die als Förderleute in der Unglücksstrecke waren, und der Hatzpeltzher wurden leichter verletzt. Die Namen der Todten sind: J. Matt, W. Kraft, Schulz und Schmidt, sämmtlich aus Lütgendortmund.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Ueberseeische Politik betitelt sich eine soeben bei Dr. Friedrichsen u. Comp. in Hamburg erschienene Broschüre von Dr. G. Hübner-Schleiden. Der Verfasser geht von dem Grundsatz aus, daß überseeische Politik im Sinne einer extensiven Kulturpolitik am besten geeignet sei, ein Kulturvolk dauernd groß zu machen und empfiehlt eine solche Politik für das deutsche Reich. Das klar und überzeugend geschriebene Werk sei hiermit der Beachtung unserer Leser empfohlen.

* Rafael's Werk. Sämmtliche Tafelbilder und Fresken des Meisters. In Nachbildungen nach Kupferstichen und Photographien. Herausgegeben von Adolf Gutbier, königl. Hofkunsthändler in Dresden. Mit erläuterndem Text von Wilhelm Lübke. Lichtdruck von Martin Rommel in Stuttgart. Die uns vorliegende 1. Lieferung charakterisirt das Werk als ein überaus verdienstvolles. Es fehlt bisher noch immer ein solches, welches dem Auge einen vollständigen Ueberblick über alle noch vorhandenen Arbeiten Rafael's gewährt und damit in knapper Darstellung alles Nöthige und Wissenswerthe über die Geschichte seines Lebens und seiner Werke verbündet hätte. Bekanntlich sind seine Schöpfungen in alle Welt zerstreut, und selbst wer sämmtliche öffentliche Galerien Europa's kennt, vermag nicht zu sagen, daß er alle Werke Rafael's gesehen habe, da so manche derselben in schwer zugänglichen Privatsammlungen versteckt sind. Und ähnlich verhält es sich mit den Nachbildungen seiner Werke. Diesem Mangel soll nun das gegenwärtige Unternehmen abhelfen. Es gelang dem Verleger, besonders auch durch die ihm zur Verfügung gestellte Kupferstichsammlung des verstorbenen Herrn Dr. Wilhelm Engelmann in Leipzig selbst von den kostbarsten und seltensten Platten Abdrücke zu erhalten, die von dem erprobten Geschnitten Martin Rommel's in Stuttgart (Anstalt für Lichtdruck) mit vorzüglicher Klarheit und Schönheit in unveränderlichem Lichtdruck wiedergegeben sind. Nur in einzelnen Fällen, wo keine Stiche vorhanden sind, wird die Photographie oder die Zeichnung zu Hilfe genommen. Das Werk wird auf ungefähr 190 Tafeln Alles umfassen, was Rafael von den ersten Tagen seiner Jugend bis zu den letzten Stunden seines kurzen Lebens geschaffen hat, so weit diese Schöpfungen in Originalen oder in zuverlässigen alten Kopien noch nachzuweisen sind. Seine Kabinetsbilder, Altarwerke und Fresken, nach verschiedenen Epochen und nach den Stoffgebieten geordnet, werden sämmtlich vorgeführt; Altes und Neues Testament, Heiligenlegenden, weltliche und kirchliche Historie, antike Mythologie, Allegorie und Geschichte sowie Portraits werden darin abwechselnd. Alles Uebrigste, dem Meister mit Unrecht zugegeschrieben, wird ausgeschlossen, alles Zweifelhafte nur in soweit aufgenommen, als es einige Ansprüche auf seine Urheberschaft geltend machen kann. Professor Dr. W. Lübke, der Verfasser der Geschichte der italienischen Malerei und so mancher anderer kunsthistorischen Handbücher, wird den kunstschriftlichen und kritischen Text zu den Abbildungen liefern. Unter seiner Zustimmung hat die Auswahl der Tafeln und die Zusammenfügung des Ganzen stattgefunden. Der Text wird zunächst in einer Einleitung bestehen, in welcher ein gedrängtes Bild vom Leben und Entwicklungsgang Rafael's gegeben werden soll. Außerdem aber wird für jedes Blatt eine kurze Erklärung beigegeben werden, welche das Wesentliche über Entstehung und Schicksale, über Inhalt, Form und Technik des betreffenden Kunstwerkes darlegen soll. Auch wird dabei auf die Handzeichnungen Rafael's verwiesen werden, welche sich als Studien für das einzelne Kunstwerk nachweisen lassen und die Entstehung desselben aufzuklären geeignet sind. Daß die Handzeichnungen selbst von den Reproduktionen ausgeschlossen sind, erscheint bei der Massenhaftigkeit derselben durch die Anlage des Werkes geboten. Wer dieselben zu besichtigen wünscht, vermag sie leicht aus den Sammlungen von Adolf Braun in Dornach und anderer photographischen Anstalten zu verschaffen. Daß die architektonischen Schöpfungen Rafael's keine Aufnahme finden, wird ebenso selbstverständlich erscheinen, da das Interesse für dieselben sich auf besondere Fachkreise beschränken dürfte. Ebenso wird von den angeblichen Skulpturen Rafael's abgesehen, da der Meister als ausführender Bildhauer kaum anzuerkennen ist. Um so entschiedener ist der Maler betont, und in dieser seiner größten Eigenschaft soll Rafael durch das Werk den weiten Kreisen der Gebildeten vollständig und anschaulich vor Augen gestellt werden, wie dies bis jetzt die Literatur keines Volkes zu geben vermocht hat.

Die Wissenschaft vom physischen, geistigen und sozialen Leben auf der Grundlage einer einheitlichen Weltanschauung. So lautet der vielversprechende Titel eines bei C. W. Ortman in Berlin erschienenen Werkes von Jul. Heinr. Franke. Der Verfasser macht uns in der Vorrede die Erklärung, daß es ihm gelungen sei, in der Einheit des physischen, geistigen, sittlichen und religiösen Lebens und der damit gleichzeitig gegebenen Harmonie des Weltganzen die Lösung eines Räthfels von unübersehbare Bedeutung zu finden. Wir gratuliren ihm zwar aufrichtig zu dieser Entdeckung, müssen aber zu unserer Schande bekennen, daß uns bei der Durchsicht seines wunderlichen Elaborats ein neues Licht über das physische, geistige und soziale Leben durchaus nicht aufgehen wollte. Als Quatrefens des Ganzen haben wir mit unserer beschränkten Fassungskraft nur herausgefunden, daß man sich vor Verzeihen und Medicamenten hüten und fleißig kaltes Wasser anwenden soll. Möge uns der Verfasser darin mit gutem Beispiel vorangehen.

Briefkasten.

Unsere Herren Korrespondenten in der Provinz ersuchen wir Angelegentlich der jetzt erfolgenden Eröffnung der Landtagsession, welche den Raum unseres Blattes wieder stark in Anspruch nehmen wird, sich etwas in der Ueberlieferung von Korrespondenzen einschränken und nur die wichtigsten Angelegenheiten mittheilen zu wollen, da wir sonst wegen Raummangels zu unserem Bedauern gezwungen wären, manche Korrespondenzen unbenutzt liegen zu lassen.

Einer für Viele. Nehmen Sie mit dem Inhaber des betr. Restaurants Rücksprache und ersuchen denselben, an den Eingängen seines Lokals Tafeln anbringen zu lassen, wonach das Mitbringen von Hund und nicht statthaft ist. Wird diesem Ersuchen nicht Folge geleistet, so erklären Sie, daß Sie das betr. Lokal nicht weiter besuchen werden und führen event. diesen Beschluß auch aus. In ähnlicher Weise haben hier auf der andern Seite, wie uns mitgetheilt wird, manche Personen gehandelt, welche ihre Hunde gern in öffentliche Lokale mitnehmen; sie besuchen ganz einfach diejenigen Lokale nicht, in denen das Mitbringen von Hunden nicht gestattet wird. Die Stadt Posen ist ja überreich genug an öffentlichen Lokalen, so daß ein Jeder auch nach dieser Richtung eine Auswahl zu treffen im Stande ist!

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Der Coniferen-Geist. Der Nr. 1 der „Gesundheit“, Zeitschrift für öffentliche und private Hygiene, herausgegeben von Professor Dr. Neclan in Leipzig, entnehmen wir Folgendes: „Der Coniferen-Geist von Apotheker S. Radlauer, Posen, Nothe Apotheke, ein sorgfältig aus den jungen Sprossen der Tichten bereitetes Destillat, zeichnet sich vor zahlreichen von uns untersuchten Präparaten durch Wirksamkeit und Wohlgeruch aus. Durch einen Zerstäuber in der Luft verbreitet, reinigt er die Zimmerluft und parfümirt diese angenehm.“ In gleicher Weise hat der hiesige Stabsarzt Dr. v. Koszutski eingehende Versuche mit Radlauer's Coniferen-Geist angestellt und empfiehlt es im Dwytygodnik dla kobiet als das angenehmste und rationellste Mittel zur Verbesserung und Reinigung der Zimmerluft.

